

Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Eine Geschichte von Papa Birago
4 *Wolfgang Belitz*
Arbeit evangelisch

SCHWERPUNKT: tatsächliche Fluchtursachen I

ZUR LAGE

- 5** *Thomas Gebauer*
Globalisierung von unten – Migration als Antwort
 auf die neoliberale Krisendynamik
7 *Hafsat Abiola-Costello*
Westafrika:
Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst

KRIEG

- 8** *Clemens Ronnefeld*
Krieg in Syrien – warum es geht
9 *Hartmut Dreier*
Hirtenjunge und Analphabet –
 mit 15 Jahren fast ein Jahr unterwegs aus Somalia

DIKTATUR

- 11** *Gebremeskel Fesseha / Johanna Fleischhauer*
Fluchtgründe sind komplex.
13 *Hartmut Dreier*
Kian – Einige Erfahrungen:
 Lebensweg, Flucht aus dem Iran und Hoffnungen

MINDERHEIT

- 14** *Stephan Müller*
Roma aus dem Westlichen Balkan:
Ursachen ihrer Flucht
16 *Ingrid Just*
Kein Ort. Nirgends – Ein Einblick in die
 Lebensgeschichte der Romafamilie J.

ARMUT

- 17** *Ramona Lenz und Christian Sälzer*
Arm und krank – Migration und Flucht
18 *Ramona Lenz und Christian Sälzer*
Warum Mali trotz großer Nachfrage
nach Baumwolle arm ist

UMWELT

- 19** *Rolf Euler*
Fluchtgründe, Umwelt und ich

ZWISCHEN-BILANZ

- 20** *Olaf Bernau*
Kooperation statt Interessenpolitik

1WURF

- 21** *Ingeborg Poerschke*
Nicht Wahl- sondern Scherzverwandschaften
sichern den Frieden

Menschenorte 31

- 22** *Rolf Euler / Manfred Walz*
Postamt in Eickel-Süd, Wanne-Eickel, Herne –
nördliches Ruhrgebiet

Palästina

- 23** *Weltrat der Kirchen und US-Kirchenrat*
Erklärung über das Heilige Land

Editorial

Den Fluchtursachen auf die Spur kommen – den Kriegen, Diktaturen, den rassistischen Verfolgungen, der strukturellen Armut, der Zerstörung der Um-/Mitwelt und Lebensgrundlagen (und im nächsten *AMOS* 1|2017 der „imperialen Lebensweise“ als weiterer Fluchtursache): Das ist bei zu vielem diffusem Gerede analytisch nötiger denn je – und gelingt doch besser, wenn wir von den betroffenen Menschen erzählen, denen wir auf ihrem Weg begegnen – und damit ihrer Überlebenserfahrung und ihren Erkenntnissen, ihrer Hoffnung und Stärke ein Forum für ihre eigene Stimme verschaffen, damit wir lernen. Mit dem Beitrag von Thomas Gebauer verstehen wir die aktuelle Flucht und Migration (220 Millionen Menschen sind weltweit „unterwegs“) als Globalisierung von unten – nach Kolonialismus, im Imperialismus, in der aktuellen neoliberalen Globalisierung von oben. Auch wir fordern die Erweiterung der Universalen Menschenrechte: „Für das Recht zu bleiben und für das Recht zu gehen“. Wenn doch die Erde allen Menschen gehört, dann kann keine Mauer, kein Natodraht auf Dauer dieses Recht verhindern – und jede Form der bewaffneten „Abschreckung“ ist ein Gewaltakt. Dabei wissen wir ja, dass Mauern letztlich auf Sand gebaut und daher zum Einsturz verdammt sind. Angefangen bei der legendären Mauer zu Jericho bis hin zur Berliner Mauer. Zum Einsturz verdammt sind auch die Mauer Israels gegen Palästina, die Zäune und Mauern um die Festung Europa, die Zäune und Mauern, wie sie der neue US-Präsident gegen Mexico verstärken will; der Wüstenwind wird sie zermürben.

In der Diskussion für die weiteren Schwerpunkte in 2017 sind: Kunst und Kritik | Stadtlöcher und wie sie gestopft werden können | Industrie. 4/Arbeit und „gutes Leben“? | „Postfaktisches“ und „Populismus“ | 50 Jahre nach dem 2. Juni 1967. Wir reden darüber bei unserer *AMOS*-Neujahrsversammlung am Samstag, 28. Januar 2017, 11 – 14 Uhr im Gemeinschaftshaus, Stiftstr. 40, 44892 Bochum-Langendreer. Herzlich willkommen sind alle *AMOS*-LeserInnen und alle Mitglieder im „AMOS-Verein zur Förderung interkultureller, interreligiöser und sozialpolitischer Bildung e.V.“. Wir freuen uns über jedes neue Abo und über jedes neue Mitglied im Förderverein! (Letztere erhalten *AMOS* gratis – und eine Spendenbescheinigung fürs Finanzamt: Jahresbeitrag ab 36 € aufwärts).

Nach nunmehr 8 Jahren ist aber leider eine 2-€-Jahresabohöherung für *AMOS* nötig geworden von 18 € auf 20 € (freiwillig auch gerne mehr). Die Kosten für Druck und Versand machen's nötig.

Die Weihnachtsbeilage wurde uns freundlicherweise von der Fotografin Brigitte Kraemer zur Verfügung gestellt. Sie zeigt Fotos aus ihrem neuesten Buch, das eindruckliche Bilder aus Flüchtlingsunterkünften im Ruhrgebiet enthält. Wir danken und empfehlen unseren LeserInnen den Fotoband.

Wir wünschen erholsame Weihnachten und uns allen weiterhin wache Solidarität im neuen Jahr! *AMOS*

Die über den Hauptteil verstreuten Zitate sind aus: „Warum Menschen fliehen“, hg. von GEW und medico international, 2016

Impressum ...	Seite 17
Abo-Bestellschein ...	Seite 13
Literatur/Lesetipps/Links ...	Seiten 8, 10, 12, 16, 20, 22
Anzeige KD-Bank	Seite 10
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 18
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Hermann Schulz

Eine Geschichte von Papa Birago

Heute bekam ich einen Brief eines politisch sehr engagierten Journalisten. Er zählte seine Leiden auf: Nicaragua, Zuma in Südafrika, Anti-Semitismus in Polen, Ungarn, Rumänien, Erdogan. Und nun Trump!

Da entschloss ich mich, für AMOS eine kleine Geschichte auszuwählen, die weder mit Trump noch mit AfD zu tun hat. Weil sonst tröstliche Ereignisse leicht in Vergessenheit geraten. Ein kleines Mädchen in Tansania hat sie mir erzählt.

Mein Papa Birago ist Tierarzt und oft wochenlang unterwegs. Wenn er von einer Reise zurückkehrt, will ich immer unbedingt etwas von seinen Abenteuern hören. Aber in den ersten Tagen kommen Nachbarn und Verwandte. Wenn er endlich Zeit für mich, seine einzige Tochter, hat, fragt er immer zuerst, was ich in der Schule gelernt hätte.

„Ach, unser Lehrer hat gesagt, die Reichen sollten den Armen immer etwas abgeben! Das weiß doch jeder“, erzählte ich ihm.

„Hat er auch davon gesprochen, dass die Armen den Reichen etwas abgeben sollten?“, fragte mein Papa.

„Das geht doch nicht, Papa! Die haben doch nichts!“

Mein Vater zündete seine Pfeife wieder an und paffte vor sich hin.

„Doch! Manchmal sind die Armen reicher als die Reichen!“

Als ich ihn fragend ansah, erzählte er mir ein Erlebnis.

„Hör mal zu! Ich war in einem Hotel in einer kleinen Stadt. Ein Mann aus einem nahe liegenden Dorf ließ mir ausrichten, seine einzige Ziege sei krank. Ob ich sie behandeln würde. Leider konnte er mir nichts dafür bezahlen.“

„Und was hast du gemacht? Du kannst doch nicht ohne Bezahlung arbeiten!“

Mein Vater schüttelte den Kopf.

„Manchmal mache ich eine Ausnahme. Und an dem Tag hatte ich gut verdient. Außerdem war das Dorf nicht weit entfernt. Also bin ich vor dem Abendessen hingefahren. Der Bauer und seine Familie waren sehr zufrieden, denn ich konnte ihre Ziege retten. Aus Dankbarkeit luden sie mich in ihr kleines Haus ein, um mir eine Tasse Tee anzubieten. Ich sah, dass es wirklich arme Leute waren, denn sie hatten noch nicht einmal Zucker für den Tee!“

„Tee ohne Zucker? Das schmeckt ja scheußlich! Die müssen aber wirklich arm gewesen sein“, sagte ich.

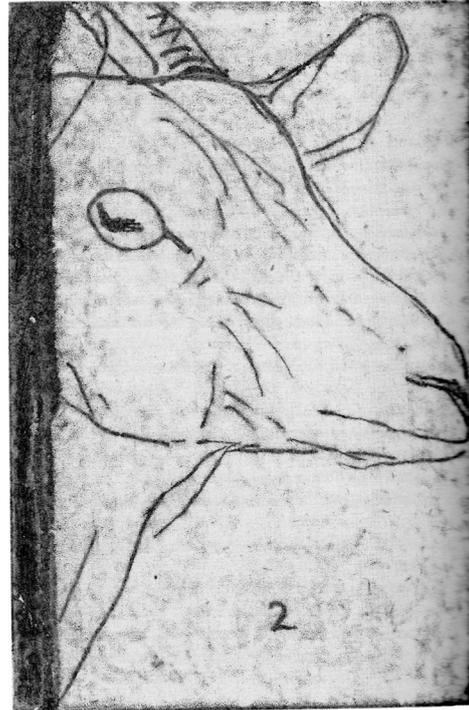
„Der Mann hatte fünf Kinder und alle standen um mich herum, als ich meinen Tee trank. Da habe ich mir gedacht: Ich lasse diesen Leuten ein bisschen Geld da, damit sie sich Zucker kaufen können. Heimlich schob ich einen Schein unter die Tasse, damit sie ihn nicht sofort entdeckten.“

„Das hast du richtig gemacht, Papa, genau wie es unser Lehrer gesagt hat.“

Mein Papa lächelte. „Die Geschichte ist aber noch nicht zu Ende.“

„Was kommt denn noch?“, fragte ich.

„Zwei Tage später saß ich im selben Hotel auf dem Balkon und rauchte meine Pfeife. Auf der Straße gab es wie immer interessante Dinge zu sehen. Da sah ich plötzlich den Bauern,



von Wolf Erlbruch gezeichnet als Illustration in Hermann Schulz' Buch „Auf dem Strom“, Carlsen Verlag Hamburg 1998, S. 126

dessen Ziege ich behandelt hatte. Er kam mit seinen beiden ältesten Söhnen auf das Hotel zu. Was wollen die denn hier?, dachte ich. Stell dir vor: Sie schleppten eine kleine Ziege hinter sich her, auf den Armen trugen sie irgendwelches Grünzeug, Gemüse oder so. Ich hörte, wie sie mit dem Besitzer des Hotels irgendetwas verhandelten. Verstehen konnte ich nichts.“

„Aber was wollten die denn in dem Hotel?“, fragte ich.

„Das habe ich mich auch gefragt. Vielleicht wollten sie etwas verkaufen, dachte ich. Ich ging in mein Zimmer und vertiefte mich in mein Buch. Nach zwei Stunden hatte ich sie fast schon vergessen. Da ging das Telefon. Der Besitzer des Hotels sagte, ich möchte doch bitte zum Essen kommen. Der Tisch sei schon gedeckt. Ich wollte gerade sagen, dass ich eigentlich heute nichts mehr essen wollte, da unterbrach er mich:

„Der Bauer aus dem Nachbarort hat für Sie in der Hotelküche eine kleine Ziege geschlachtet und gebraten und Gemüse zubereitet. Nur für Sie!“

„Eine – ganze – Ziege?“, fragte ich. Dann fuhr Papa fort:

„Ja, eine ganze Ziege. Ich konnte sie natürlich nicht allein aufessen und habe den Vater und seine Söhne und die Angestellten des Hotels eingeladen. Es war ein wunderbares Essen.

Weißt du: diese Leute hatten den Geldschein gefunden, eine kleine Ziege und Gemüse davon gekauft und beschlossen, mich zum Essen einzuladen!“

„Das finde ich ganz wunderbar!“, sagte ich, „ist denn noch Geld für Zucker übrig geblieben?“

Papa grinste. „Ich habe im Hotel eine große Zuckerdose, die auf dem Tisch stand, an mich genommen und sie dem Bauern geschenkt.“

„Du hast geklaut, Papa?“

„Nicht richtig geklaut, meine Kleine! Der Besitzer des Hotels hat es gesehen und mir zugezwinkert!“

Hermann Schulz hat mit seinem Freund Moustapha Diallo eine Sammlung von Afrika-Geschichten geschrieben; die von Papa Birago ist ein Vorabdruck aus dem geplanten Buch, das hoffentlich 2017 erscheinen wird.

Wolfgang Belitz

Arbeit evangelisch

Im Sommer 2008 erschien die Denkschrift der Sozialkammer der EKD mit dem Titel „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“. Es handelte sich dabei um eine Art Hagiographie zum Lobpreis des deutschen Unternehmertums, in großer Einseitigkeit jenseits der Realität, verfasst zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen EKD und Wirtschaft.⁽¹⁾

Natürlich taucht dann sofort die Frage nach der Ausgewogenheit auf. Wo bleibt die Welt der abhängig Beschäftigten, die Würdigung der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften?

Sieben Jahre später war es dann soweit. Im April 2015 veröffentlichte die EKD die entsprechende Denkschrift ihrer Sozialkammer: „Solidarität und Selbstbestimmung im Wandel der Arbeitswelt“ (eine Denkschrift zu Arbeit, Sozialpartnerschaften und Gewerkschaften). Es gab keinen Sturm der Entrüstung oder der Begeisterung. Alle konnten gut damit leben, ohne belebt zu werden. Darum habe ich die Schrift erst spät gelesen. Es begegnet mir ein großer raumgreifender epischer Monolog, ein Überblick über alle erdenklichen Bereiche der Arbeitswelt, verfasst mit umfassenden Kenntnissen und großem Sachverstand in gediegener Sprache und differenzierenden Argumentationen. Alle Themen werden kurz vorgestellt, Entwicklungen beschrieben, Gelungenes gewürdigt, Probleme und Konflikte benannt. Es fehlt jede spirituelle Kompetenz und sozialetische Leidenschaft. Reformvorschläge werden angedeutet, aber nicht unterbreitet. Vieles wird evangelisch gehandhabt wie gehabt. Ein Beispiel: Die skandalöse Einkommensspreizung wird kurz beschrieben und belegt. Der Umgang damit wird nach dem Muster früherer Denkschriften vollzogen: Die einen nehmen Anstoß an der zunehmenden sozialen Ungleichheit und fordern eine Schließung der Gerechtigkeitslücke, die anderen verweisen auf die gelingenden Ausgleichsmaßnahmen und die Reallohnsteigerungen in der letzten Zeit. Dabei bleibt es dann wie häufig in der Denkschriftenlogik. Eine Option für die Armen gibt es nicht, es sei denn „als eine Option für die gesamte Gesellschaft“ (S. 134).

Den Gewerkschaften wird eine besondere und im Bereich von Kirche und Diakonie (KuD) nie gehörte Würdigung zuteil. Durch die gewerkschaftliche Flexibilität und Kompromissbereitschaft hat sich die Sozialpartnerschaft auch in den schwierigen Zeiten gut bewährt. Während um uns her und auch mitten unter uns im Strudel der neoliberalen Konterrevolution der Begriff der Sozialpartnerschaft nahezu untergegangen ist durch die Schwächung der Gewerkschaften, erhebt die Denkschrift ihn nachdrücklich auf den Thron und spricht von der besonderen „Kultur der Sozialpartnerschaft“, die es zu pflegen gelte.

Interessant ist nun, wie in der Denkschrift die Frage nach der Sozialpartnerschaft in KuD Arbeitswelt von 100.000en MitarbeiterInnen in den Blick genommen und thematisiert wird und damit besonders das Verhältnis von KuD und Gewerkschaften als Sozialpartnerinnen im Streit um Tarifverträge und Streikrecht im Verlauf der letzten Jahre.

Gewerkschaftliche Forderungen nach allgemeinen Tarifverträgen beantworteten die KuD-Konzerne bis heute mit dem sogenannten Dritten Weg (interne Kommissionsabspra-

chen zum kollektiven Arbeitsrecht ohne Tarifverträge und Streik) unter Berufung auf das Kirchenprivileg im Grundgesetz (Art. 140). Der Streit ist bekanntlich in den letzten Jahren vor den Gerichten ausgetragen worden. Die Denkschrift sagt dazu: „*Ver.di versucht zur Konfliktlösung ein Streikrecht in Diakonie und Kirche mittels Gerichtsverfahren gegenüber der Konfliktregelung im Dritten Weg durchzusetzen.*“

Dieser Satz ist die reine Unwahrheit. Wahr ist, es sind KuD, die seit dem Jahre 2010 in allen Instanzen vor den Arbeitsgerichten gegen die Gewerkschaft klagen, um ein Streikverbot in KuD gerichtlich durchzusetzen. Dieser Versuch ist kläglich und endgültig gescheitert, weil die gegen die Gewerkschaft und ihr Streikrecht gerichtete Klage vom Bundesarbeitsgericht im Jahre 2012 „in vollem Umfang abgewiesen worden“ ist (Feststellung des Bundesverfassungsgerichts September 2015).⁽²⁾

Nach ihren schweren Niederlagen haben KuD mit einem neuen Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz (sic!) versucht, ihr Streikverbot dennoch durchzusetzen, indem sie einerseits ihr Gesetz zum Dritten Weg stärker für die Mitwirkung der Gewerkschaften öffnen oder andererseits einen kirchengemäßen Tarifvertrag mit Zwangsschlichtung und Streikverbot anbieten.

Statt nach den Niederlagen vor Gericht nun mit den Gewerkschaften auf Augenhöhe in verantwortlicher Sozialpartnerschaft in Verhandlungen über Lösungen einzutreten, machen die Kirchen den Gewerkschaften mit dem neuen Gesetz nun ein völlig inakzeptables „Unterwerfungsangebot“. So geht Sozialpartnerschaft nicht.

Die neue Hochschätzung der „Kultur der Sozialpartnerschaft“ in der Denkschrift liefert KuD nun doch einige Argumente, neue Einsichten zu gewinnen und ihre dogmatische Position aufzugeben. Zur Sozialpartnerschaft gehört für die Gewerkschaften wesentlich das Streikrecht nach Art. 9 GG. Hier sollten KuD genau auf die Worte der Denkschrift hören:

„*Der Streik ist kein Selbstzweck. Er dient der Erzwingung einer Einigung, die sonst blockiert wäre. Insofern manifestiert sich im Streikrecht die Zivilisierung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital* (Hier sagen wir unter uns: zwischen kirchlichen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen; W.B.). **Sozialetisch ist das Streikrecht deswegen von hoher Dignität, da es die strukturell Schwächeren im Konflikt schützt.**“

Hier sollten KuD noch einmal von vorne beginnen und sich durch theologisches Nachdenken die in der Denkschrift formulierte Sozialetik des Streikrechts zu eigen machen und endlich den Weg frei machen für einen, wie ich sage, Tarifvertrag GPS (Gesundheit, Pflege und Soziales). Das ist auch die Zielvorstellung der Denkschrift: „*Ein allgemein verbindlich geltender Flächentarifvertrag Soziale Dienste ist eine ... wichtige Option.*“ Damit sind KuD noch einmal theologisch gefordert.

⁽¹⁾ In meiner Kolumne AMOS 2|2009 habe ich mich kritisch damit befasst.

⁽²⁾ Zu Ursprung und Verlauf dieses Konflikts habe ich inzwischen 9 (!) AMOS-Kolumnen verfasst.

Thomas Gebauer

Globalisierung von unten – Migration als Antwort auf die neoliberale Krisendynamik

I.

Über die Gründe, die Menschen dort in die Flucht treiben und es hier so vielen schwermachen, angemessen auf das Elend, das in der Welt herrscht, zu reagieren, will ich sprechen.

Von der Notwendigkeit, die Ursachen der Flucht anzugehen, ist heute oft die Rede. Fragen wir aber nach, was mit „Fluchtursachen“ gemeint ist, wird die Sache fast immer vage. Da wimmelt es von falschen Analysen und von Strategien, die letztlich nur eigennützige sicherheitspolitische Interessen verfolgen. Wenn Kriegsgebiete, wie Afghanistan, zu einem sicheren Herkunftsland erklärt werden und Regierungen, wie die in der Türkei, in Ungarn und so mancher Diktator mit einem Mal als diskrete Verhandlungspartner erscheinen, geht es nicht um die Bekämpfung der Ursachen der Flucht, sondern allein um die Bekämpfung der Flucht. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir unseren Blick für das, was Flucht antreibt, schärfen.

II.

Insgesamt sind heute zwischen 200 und 300 Millionen Menschen weltweit unterwegs, Flüchtlinge und Migranten, die oft einen Mix aus Gründen geltend machen: Arbeits- und Chancenlosigkeit, Repression, Gewalt, Verfolgung und/oder Umweltkatastrophen.

Auf die komplexen Fluchtgründe können die bestehenden internationalen Abkommen und nationale Asylgesetze keine angemessene Antwort geben. Die Genfer Flüchtlingskonvention regelt die Rechtsstellung von verfolgten Menschen, nicht aber die von Klimaflüchtlingen oder Menschen, die vor Hunger fliehen. Auch das Asylrecht, so wichtig und schützenswert es ist, entspricht nicht mehr der Realität, die heute in der Welt herrscht.

Zu fragen ist, warum in einer globalisierten Welt Menschen, die vor Verfolgung fliehen, eher Anerkennung finden sollten als Menschen, die einem von außen aufgezwungenen Elend und Perspektivlosigkeit zu entkommen versuchen?

Wer Menschen, die auf Teilhabe und Perspektive drängen, als Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert, verschließt die Augen vor den Schicksalen fliehender Menschen. Und er verlässt obendrein jene Prinzipien, die das globale Zusammenleben eigentlich leiten sollten: die allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Gerade das eskalierende Krisengeschehen macht deutlich, wie dringend notwendig eine an den Menschenrechten orientierte „soziale und internationale Ordnung“ wäre. Sie müsste heute vor allem eines: Sie müsste der Tatsache Rechnung tragen, dass zu einer globalisierten Welt auch neue Formen weltweiter Migration zählen. Dies zu akzeptieren, zu akzeptieren, dass Globalisierung und Migration zwei Seiten einer Medaille sind, stellt wohl die größte Herausforderung dar, die sich Nationalstaaten heute stellen müssen.

III.

Lässt man das euphemistische Gerede vom ‚global village‘ einmal beiseite, entpuppt sich die Globalisierung – so wie sie

bislang stattgefunden hat – zuallererst als eine ökonomische Strategie. Ziel war nicht die Schaffung von weltbürgerlichen Verhältnissen, sondern die Wiederankurbelung der in den 1970er Jahren ins Stocken geratenen Kapitalverwertung.

Erreicht wurde dies unter anderem durch den Einsatz neuer Technologien, aber auch über die Internationalisierung der Produktionsabläufe.

Voraussetzung für die Internationalisierung der Produktion war die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Entsprechend stand nicht die Freizügigkeit von Menschen auf der Agenda der Globalisierung, sondern die Freiheit von Waren- und Geldströmen.

Die globale Entfesselung des Kapitalismus hat die Welt zu einem globalen ökonomischen System integriert, zugleich aber große Teile der Weltbevölkerung sozial ausgegrenzt, überflüssig gemacht.

Um die damals mitunter hoch verschuldeten Länder des Südens in die Weltwirtschaft einbinden zu können, wurden ihnen von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds drastische Einschnitte in der Sozialpolitik aufgezwungen, – so z.B. die Abschaffung subventionierter Grundversorgung oder die Privatisierung öffentlicher Institutionen.

Budgetmittel, die zur Finanzierung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung notwendig gewesen wären, flossen in den Schuldendienst bzw. in den Aufbau von Sicherheitsapparaten, mit denen sich jene lokalen Eliten schützten, die nach außen die weltwirtschaftliche Integration ihrer Länder garantierten.

Nicht demokratische Gemeinwesen konnten sich so herausbilden, sondern autoritäre Herrschaftsverhältnisse. In nicht wenigen Ländern ist es schließlich zu einem vollständigen Zusammenbruch staatlicher Strukturen gekommen. Dass aus solchen Umständen Gewalt erwächst, sollte nicht verwundern. Im Hintergrund der heute eskalierenden Gewalt steht eine dramatisch zunehmende soziale Ungleichheit – und zwar sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder.

Aber auch dort, wo es noch handlungsfähige Regierungen gibt, muss es den Menschen nicht unbedingt besser gehen. Zu den gravierendsten Problemen vieler Länder Afrikas zählt eine nur schwach entwickelte industrielle Produktion.

Wollte Afrika eine eigene industrielle Produktion aufbauen, müsste es seine Produzenten durch protektionistische Maßnahmen schützen: durch Importzölle auf Fertigwaren aus dem Ausland z.B., oder durch Subventionen.

Genau ein solcher Protektionismus aber ist den meisten afrikanischen Regierungen untersagt. Dafür sorgen jene bilateralen Außenhandelsabkommen, die den Ländern in den zurückliegenden Jahren aufgenötigt wurden, darunter auch die „Economic Partnership Agreements“ mit der EU.

Darin ist das vertraglich fixiert, was die Flucht von Menschen anfeuert, nämlich, dass Europa für den Zugriff auf re-

„Menschen verlassen ihr Zuhause, weil sie unmittelbar bedroht sind, aber auch weil sie für sich und ihre Kinder aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit oder Umweltzerstörung keine Perspektive auf ein Leben in Würde sehen.“

levante Rohstoffe kaum Steuern zahlen muss und auch Waren zollfrei nach Afrika exportieren kann, Afrika im Gegenzug aber allerlei Lizenzgebühren zahlen muss: für patentgeschütztes Saatgut z.B., für Arzneimittel, Kommunikationstechnologie usw.

Auf bemerkenswerte Weise wird hier nochmals deutlich, dass es nicht die menschenrechtlich begründete Idee von Freizügigkeit gewesen ist, die auf dem Programm der bisherigen Globalisierung stand, sondern nur die Freiheit des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. So absurd es klingt: Auf vielen Märkten Afrikas ist das Gemüse, das in Europa gezogen wird, um durchschnittlich ein Drittel günstiger als Produkte aus heimischen Anbau. Gegen das europäische Agrardumping sind lokale Produzenten nicht konkurrenzfähig; sie geben auf, werden einkommenslos, verlassen ihre Dörfer.

Aber selbst aus dem Elend der Kleinbauern lässt sich Kapital schlagen. Seit einigen Jahren richtet sich die Begierde ausländischer Investoren immer stärker auch auf die Agrarflächen selbst. Für diesen Landraub tragen übrigens auch die G7/G8-Staaten Verantwortung. Auf ihrem Gipfel 2012 haben sie beschlossen, weltweit einer industrialisierten Landwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen – angeblich, um die Ernährungssicherheit der Menschen zu fördern, tatsächlich aber, um den Expansionsbedürfnissen der längst transnational agierenden Agroindustrie zu entsprechen. Mehr als 100 Millionen Kleinbauern könnten in den nächsten Jahren ihrer Existenz beraubt werden, warnen Kritiker.

IV.

Für immer mehr Menschen bietet die Flucht nach Europa die letzte Hoffnung, dem Elend zu entfliehen. Dabei sind die Flüchtlinge und Migrantinnen aber nicht nur Opfer; sie sind auch politisch Handelnde, die auf einer anderen, einer sozialen Globalisierung beharren.

Die Leute im Süden wissen sehr genau, dass es die weltpolitischen Verhältnisse und der Weltmarkt sind, die jederzeit, ob mittel- oder unmittelbar, über Erhalt und Vernichtung der eigenen Lebensgrundlagen entscheiden können. Die Chancen von Familien, Clans und Dorfgemeinschaften, in einer aus den Fugen geratenen Welt dennoch überleben zu können, sind natürlich höher, wenn es gelingt, einzelne Mitglieder in den prosperierenden Ländern des Nordens zu etablieren.

Und so drücken sich in der weltweiten Migration eben nicht nur Ungleichheit und die Vernichtung von Lebensgrundlagen aus, sondern auch ein Beharren auf ein Leben in Würde, eine „Globalisierung von unten“.

V.

Genau dieser Aspekt der Globalisierung aber ist den Sicherheitspolitikern des Nordens ein Dorn im Auge. Um jeden Preis wollen sie die globale Migration unter Kontrolle halten.

Bemerkenswert ist, dass man sich in Brüssel und Berlin der Gefahren, die aus der voranschreitenden Vernichtung von Lebensgrundlagen erwachsen, durchaus bewusst ist, sie aber – wenn überhaupt – nur am Rande mit der eigenen Politik in Beziehung setzt.

Nicht die ungerechten wirtschaftlichen Austauschverhältnisse, nicht die Spekulation mit Nahrungsmitteln und auch nicht das neoliberale Austeritätsdiktat gelten als Gefahren für die globalen Verhältnisse, sondern das, was aus alledem resultiert: der Staatszerfall, der Bevölkerungsdruck, die Verstädterung, die Migration, die Piraterie.

Es ist eine ganz profane Frage, die das gegenwärtige Bemühen um Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise antreibt: Die Frage, wie man sich all die Menschen vom Leib halten kann, für die es in den profitablen Zonen der Welt keinen Platz zu geben scheint.

VI.

Bleibt die Frage: Was tun?

Das Ziel ist die Schaffung weltbürgerlicher Verhältnisse, die alle Menschen an allen Orten zu Trägern gleicher Rechte macht. Damit ist die Aufgabe benannt, die bedeutender nicht sein kann. Eine Aufgabe, zu der es nur die Alternative des Rückfalls in einen von Feindbildern und Gewalt getragenen Nationalismus gibt. Wie brisant die Auseinandersetzung um die Zukunft heute ist, zeigt die Zerrissenheit der hiesigen Öffentlichkeit: Dem Drängen auf Weltoffenheit steht nahezu unversöhnlich ein Druck zur Abschottung gegenüber.

Nur das Beharren auf den universellen Menschenrechten erzwingt eine Politik des Ausgleichs, in dessen Folge auch Frieden möglich ist.

Um der herrschenden Krisendynamik zu begegnen, reicht es heute nicht mehr aus, nur die Möglichkeit einer anderen Welt zu behaupten. Es bedarf auch einer Vision, die das Andere wenigstens in seinen grundlegenden Prinzipien aufscheinen lässt. Und manchmal sind es Krisen, die die Augen öffnen.

Notwendig ist eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt fördert, statt ihn zu unterminieren.

Erforderlich ist die Schaffung der normativen und materiellen Voraussetzungen für ein gemeinwohlorientiertes Zusammenleben auch auf globaler Ebene.

Konkret heißt das: die internationale Angleichung von Arbeits- und Sozialstandards, eine effektive Regulierung umweltschädigender Produktion, die Bekämpfung der Steuerflucht, die Revision bereits bestehender Freihandelsabkommen und die Verhinderung neuer, wie z.B. TTIP, und dann nicht zuletzt auch die Gewährleistung von sozialen Sicherungssystemen für alle Menschen an allen Orten der Welt, beispielsweise über einen solidarisch finanzierten internationalen Fonds für Gesundheit, der – wie der deutsche Länderfinanzausgleich – dafür sorgt, dass auch ärmere Länder imstande sind, ihren Bevölkerungen Zugang zu einem umfassenden Gesundheitsschutz zu ermöglichen.

Vor allem aber bedarf es einer radikalen Veränderung der herrschenden Produktions- und Konsumverhältnisse. Denn so lange sich die Schaffung von Wohlstand auf der Ausbeutung anderer gründet und die Sicherung eigener Privilegien mit Ausgrenzung einhergeht, werden die globalen Spaltungsverhältnisse anhalten.

Notwendig ist die Herausbildung einer „nicht-imperialen Lebensweise“, die andere individuelle Konsumgewohnheiten ebenso umfasst wie die Rückbesinnung auf eine gemeinwohlorientierte Ökonomie, die nicht von partikularen Profitinteressen angetrieben wird, sondern sich auf eine Verwirklichung globaler sozialer Rechte bezieht.

Thomas Gebauer, Diplom-Psychologe, Geschäftsführer der sozialmedizinischen Entwicklungshilfe- und Menschenrechtsorganisation medico international mit Sitz in Frankfurt am Main. Er ist Mitbegründer der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL), die 1997 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, und Träger der Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt. – Der hier gedruckte Text ist die von AMOS gekürzte und vom Verfasser autorisierte Fassung seines Vortrages am 18.11.2015 im Ev. Kirchenkreis Recklinghausen. Der vollständige Vortrag ist hier: <http://amos-zeitschrift.eu/index.php/aktuelle-texte/2-hauptseite/35-migration-als-antwort-auf-die-neoliberale-krisendynamik>

Hafsat Abiola-Costello

Westafrika: Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst

Politiker versprechen, die Fluchtursachen in den armen Ländern zu bekämpfen. Gleichzeitig versucht die EU, in Afrika ein verheerendes Freihandelsabkommen durchzusetzen. Viele Politiker haben zumindest erkannt, dass es keine Lösung sein kann, die Menschen zurück ins Meer zu stoßen. Stattdessen haben sie sich vorgenommen, die Ursachen dafür zu bekämpfen, dass ganze Familien verzweifelt genug sind, um ihr Leben bei einer Fahrt über das Mittelmeer aufs Spiel zu setzen.

Auch wenn die Flüchtlinge aus kriegsgeplagten Ländern wie Syrien und Afghanistan derzeit die Schlagzeilen bestimmen, kommen die meisten Migranten nach wie vor aus Westafrika. Im Falle von Syrien und Afghanistan gehen die Fluchtursachen auf militärische, strategische und entwicklungspolitische Probleme zurück. In Westafrika allerdings liegen die Dinge deutlich anders. Hier könnte man die Fluchtursachen eigentlich relativ leicht beheben – wenn es denn den politischen Willen gäbe.

In diesem Moment verhandelt die Europäische Union ein Wirtschaftsabkommen mit den westafrikanischen Ländern, das unter dem Namen EPA firmiert. Und eigentlich sollte man annehmen, dass es ein gemeinsames Interesse an einer Vereinbarung gibt, die der Wirtschaft in diesen Ländern auf die Beine hilft. Schließlich ist es gerade die wirtschaftliche Ausichtslosigkeit, die die afrikanischen Migranten nach Europa treibt. Wenn sie in ihren eigenen Ländern Aussicht auf eine anständige Arbeit hätten, kämen sie gar nicht erst auf die Idee, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um nach Europa zu gelangen.

Allein: Das Abkommen, das die EU vorschlägt, enthält nicht viel mehr als die altbekannten Konzepte, die zu nichts

„Dass die Chancen auf ein gutes Leben ebenso wie die Bedingungen des Überlebens weltweit extrem ungleich verteilt sind, ist die Hauptursache, die den meisten Flucht- und Migrationsbewegungen zugrunde liegt.“

führen werden, außer in den immer gleichen Teufelskreis. Es verspricht kurzfristige Profite für europäische Konzerne und Beteiligungen für eine kleine afrikanische Elite. Mit den bekannten Folgen: steigende Ungleichheit in der Region, grassierende Armut, schwelende Konflikte.

Zurzeit sperren sich nur noch drei von 16 westafrikanischen Ländern gegen die Ratifizierung des Abkommens: Nigeria, Mauretanien und Niger. Die meisten der anderen Länder sind von europäischer Entwicklungshilfe abhängig und haben sich dem Druck längst gebeugt. Doch Nigeria vereint 78 Prozent der Wirtschaftsleistung und 180 Millionen der 330 Millionen Einwohner der Region auf sich. Und die Unruhen im Norden und äußersten Süden des Landes haben unserer Regierung deutlich gemacht, was bei diesen Verhandlungen auf dem Spiel steht. Sie kann nur ein Abkommen akzeptie-

ren, das bessere wirtschaftliche Perspektiven für weite Teile unserer einheimischen Bevölkerung ermöglicht. Anders kann es in einem Land, in dem 56 Prozent der 15- bis 34-Jährigen arbeitslos oder geringfügig beschäftigt sind, nicht sein.

Die Ökonomen der westafrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS und der Weltbank behaupten, dass Nigeria von dem EPA-Abkommen profitieren würde. Unsere nigerianischen Ökonomen sind zu anderen Ergebnissen gekommen: Sie sagen voraus, dass EPA unsere Märkte in eine Müllhalde für europäische Produkte verwandeln würde. Es würde nicht nur die Chancen unserer kleinen und mittelgroßen Unternehmen erheblich schmälern, die gegen die europäische Konkurrenz keine Chance hätten. Mittel- bis langfristig würden der nigerianischen Regierung auch spürbar Steuereinnahmen entgehen.

Wenn man sich vor Augen führt, dass unsere Regierung schon jetzt kaum in der Lage ist, essenzielle staatliche Aufgaben – eine grundlegende Schulbildung für alle, eine allgemeine Gesundheitsversorgung etc. – wahrzunehmen und wir außerdem dringend Ressourcen brauchen, um unsere Justiz und Polizei zu professionalisieren, dann ist es kaum nachvollziehbar, wie man das vorliegende Abkommen für eine gute Idee halten kann.

Weil das Abkommen Einstimmigkeit voraussetzt, kann es von den drei verbliebenen Ländern blockiert werden. Aber es gibt keine Garantie, dass wir ein besseres Angebot zu sehen bekommen. Dafür müsste die EU bereit sein, ihre Politik zu ändern. Einfach auf der Suche nach ein paar schnellen Euro nach Afrika zu fliegen und in Kauf zu nehmen, dass die eigenen Geschäfte zu Lasten des Kontinents gehen, ist doch eigentlich passé; mittlerweile sollte Europa es wahrlich besser wissen. Nur: Wer soll sich in Europa für eine neue Politik einsetzen? Wer soll dafür sorgen, dass europäische Firmen Fabriken in Westafrika bauen, damit die Menschen arbeiten und angemessene Löhne verdienen können, um die Produkte zu erwerben, die Europa verkaufen möchte? Afrikanische Migranten mögen zurzeit von den Titelseiten verschwunden sein, aber ihr Wunsch, anderswo bessere Möglichkeiten zu haben, besteht nach wie vor.

Seit Januar dieses Jahres 2016 sind weitere 50.000 Menschen aus Afrika nach Europa aufgebrochen. Jetzt sitzen sie in Internierungslagern und siechen dahin. 3.000 von ihnen sind auf der Flucht gestorben. Die Toten und die Lebenden sind eine Anklage an uns alle. Wenn Europa tatsächlich den massenhaften Exodus der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge aufhalten will, wäre es jetzt Zeit, sich für eine andere Politik einzusetzen.

Hafsat Abiola-Costello ist Mitglied des Staatskabinetts in Ogun State, dem industriellen Zentrum Nigerias, wo sie sich um die Themenbereiche Handel und Investment kümmert. Sie ist außerdem eine bekannte Aktivistin für Demokratie und Frauenrechte und Beraterin des World Future Council. Sie hat Entwicklungsökonomie an der Harvard University und Internationale Entwicklung an der Tsinghua University in China studiert. Ein Gastbeitrag von Hafsat Abiola, zeit online 1. August 2016

Clemens Ronnefeld

Krieg in Syrien – worum es geht

Vorbemerkung AMOS: Mitte Oktober 2016 kamen 75 Aktivisten und Multiplikatorinnen in Mannheim zur Tagung: „Die tatsächlichen Fluchtursachen bekämpfen“, auf Einladung von „Kairos Europa“. „Kairos Europa“ entstand, nachdem sich in Südafrika 1985 Aktivisten aus der christlichen Befreiungstheologie im Kampf gegen das rassistische Apartheid-System zusammengeschlossen hatten und weltweit aufriefen: „Kairos!“, das meint: „Es ist höchste Zeit zum Handeln!“ oder „Wir haben die Schnauze voll!“. „Kairos Europa“ nahm diesen Ruf auf. „Kairos Palästina“ und „Kairos Europa“ zählen zu den derzeit weltweit besonders aktiven. Sie kooperieren mit den Weltsozialforen und in Europa mit attac. – Die nachfolgende Rede trug Clemens Ronnefeld in Mannheim vor, wo er sie um zahlreiche Originalzitate erweiterte, um die Kontinuität der westlichen Politik im Nahen/Mittleren Osten zu zeigen als Ursache für Terror, Krieg, Elend und Massenflucht. Seit Ende des Osmanischen Reiches bzw.: seit dem US-amerikanischen/britischen Putsch am 19.8.1953 im Iran gegen Mossadegh. Michael Lüders vorzügliches Taschenbuch „Wer den Wind sät“ (s. Lesetipp auf dieser Seite) ist in dieser Hinsicht eine wichtige weitere Vertiefung.

In Syrien und Irak sind mehr als 50% der Bevölkerung jünger als 25 Jahre, in Deutschland nicht einmal 25%. Die Perspektivlosigkeit dieser jungen – häufig gut ausgebildeten – Generation wird weiterhin ein Spannungsfaktor bleiben, wenn ihr nicht lebenswerte Zukunftschancen ermöglicht werden.

Zwischen Iran und Saudi-Arabien wird ein blutiger Machtkampf um die Vorherrschaft in der Region ausgetragen, bei dem die sunnitisch-schiitische Frage instrumentalisiert wird und die Zivilbevölkerung in Syrien, Irak und auch Jemen die Leidtragende ist.

Unter den ethnischen Konflikten spielt die Kurdenfrage eine zunehmend wichtige Rolle, seit im Norden Iraks sowie im Nordosten Syriens kurdische Vertreter Selbstverwaltungen ausgerufen haben, die vor allem beim türkischen Präsidenten Erdogan Ängste vor einem Übergreifen dieser Bewegungen auch auf die Türkei verursacht haben. Mit der Bombardierung der PKK-Führung in den irakischen Kandilbergen sowie der Bombardierung zahlreicher kurdischer Hochburgen im Osten der Türkei versucht die Regierung Erdogan durch eine Islamisierung (Bau neuer Moscheen) sowie Arabisierung (Ansiedlung von sunnitisch-arabischen Flüchtlingen aus Syrien in kurdischen Hochburgen) die Demographie neu zu Ungunsten der kurdischen Seite „zu gestalten“ – mittels Krieg. Mehr als 400.000 Kurdinnen und Kurden sind im letzten Jahr aus ihren osttürkischen Heimat-Städten geflüchtet.

Die Faktoren „Klimawandel“ und „Wasser“ spielen ebenfalls für die Kriege in Syrien und Irak eine zunehmend wichtige Rolle: In den Jahren vor Beginn des Krieges in Syrien 2011 gab es Dürrekatastrophen vor allem an der syrisch-türkischen Grenze, die Tausende von Klimaflüchtlingen zur Folge hatten, welche sich in Elendsvierteln von Aleppo und Damaskus niederließen und sich von der Regierung Assad vernachlässigt fühlten. Die türkischen Staudammprojekte des Tigris und Eu-

phrat führen schon jetzt zu einer Verschärfung der Wasserverteilungsfrage zwischen Türkei, Syrien und Irak.

Ein weiterer wesentlicher Eskalationsfaktor ist die Erdgasfrage. Die weltweiten Reserven verteilen sich unter den drei Spitzenplätzen folgendermaßen: Russland (24,8%), Iran (15,6%) und Katar (13,2%). Alle anderen Länder liegen unter 5%. In einem aufschlussreichen Artikel mit dem Titel: „Pipeline-Politik in Syrien. Man kann den Konflikt in Syrien nicht verstehen, ohne über Erdgas zu sprechen“, schreibt US-Major Rob Taylor: „Ein Großteil der Medienberichte legt nahe, dass der Konflikt in Syrien ein Bürgerkrieg ist, in dem das Regime des Alawiten (Schiiten) Bashar Assad sich verteidigt (und dabei Grausamkeiten verübt) gegen sunnitische Rebellen-Cliquen (die auch Grausamkeiten verüben). Die wirkliche Erklärung ist einfacher: Es geht um Geld. Im Jahre 2009 plante Qatar, eine Erdgaspipeline durch Syrien und die Türkei nach Europa zu betreiben. Stattdessen aber schmiedete Assad ein Abkommen mit Irak und Iran in östlicher Richtung,

„Krieg ist weltweit die wichtigste Fluchtursache. In fast jedem siebten Land der Erde herrscht (Bürger-)Krieg. 60 Millionen Menschen sind hiervon betroffen.“

Quelle: www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2015.pdf

das diesen schiitisch-dominierten Ländern Zugang zum europäischen Erdgasmarkt verschaffen würde und diesen gleichzeitig den Sunniten in Saudi-Arabien und Qatar verweigerte. Wie es jetzt erscheint, versuchen die letzteren beiden Staaten, Assad aus dem Weg zu räumen, damit sie Syrien kontrollieren können und ihre eigene Pipeline durch die Türkei betreiben können“. (Übersetzung: Clemens Ronnefeld).

Konfliktverschärfend kommt noch hinzu, dass eines der weltweit größten Erdgasfelder zwischen Katar und Iran liegt – und von beiden Ländern „angezapft“ werden kann. Russland ist aus nachvollziehbaren Gründen nicht daran interessiert, seine starke Rolle auf dem europäischen Erdgasmarkt durch Konkurrenz verringern zu lassen, europäische Staaten sähen gerne mehr Alternativen zum Erdgas aus Russland, die US-Regierung würde gerne Putin geschwächt sehen – und Iran und Hizbollah wissen, dass nur bei einem Verbleib Assads im Amt die schiitisch-alawitische Landverbindung von Iran, Irak, Syrien und Hizbollah im Libanon – z.B. auch für iranische Waffenexporte an die Hizbollah – erhalten werden kann.

Clemens Ronnefeld ist Friedensreferent beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, München.

Lesetipp

Michael Lüders

Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet
Verlag C.H.Beck, München, 2015

Hartmut Dreier

Hirtenjunge und Analphabet – mit 15 Jahren fast ein Jahr unterwegs aus Somalia

Ahmed ging eines Abends im März 2015 nicht mehr nach Hause in Ceelberde mitten in Somalia. Dieser Ort hat eine lange Straße mit einfachen Hütten, in der Mitte ein großer Baum. Ahmed und seine zwei Schwestern (7 und 12 Jahre) und drei Brüder (8, 15 und 19 Jahre) kennen keine Schule. Schulen kosten Geld und Geld hat die Familie nicht, der Vater hat nach einem Autounfall ein kaputtes Bein und ist psychisch daneben. Die Mutter bringt die Familie durch, sie leben von der Hand in den Mund.

Ahmed ist ab seinem 10. Lebensjahr vier Jahre lang bei einem Onkel in der Gegend und hütet dessen Schafe. Nach dessen Tod ist Ahmed zurück im Heimatdorf. Die Al-Shabaab-Milizen haben (auch) hier das Sagen. Jungen müssen sich ihnen anschließen oder werden gemobbt, verprügelt und ausgestoßen. Beides will er nicht. Er will weg. „Wohin? Warum nicht in ein Nachbarland in Afrika?“, frage ich. Ahmed: „Nein. Nach Europa. Da ist es gut.“ Davon sind die Jugendlichen und Erwachsenen auch im ganz abgelegenen Ceelberde überzeugt, davon reden sie. Mit dem, was er am Körper hat, flüchtete er in Richtung Europa, ohne Papiere, ohne Geld, zu Fuß.

In Äthiopien fangen ihn Polizisten, halten ihn zehn Tage lang fest, schlagen ihn. Er entkommt. Unterwegs im Sudan und dann in Libyen, über die Grenzen ist es gefährlich. Zu Fuß (kaputte Schuhe!) oder mit LKWs. Alleine oder mit anderen. Einmal auf einem LKW überlebt er mit acht anderen einen fürchterlichen Zusammenstoß, wo elf Flüchtlinge sterben. Natürlich haben sie mit Schleusern zu tun, die Geld fordern. Statt Geld muss er einmal fünf Monate lang für sie arbeiten, kochen, wie ein Sklave.

In der Sahara in Libyen. Nach fünf Monaten schleusen sie ihn als Entgelt bis zur Mittelmeerküste, wo sie ihn seinem Schicksal überlassen. Neue Schleuser bieten die Reise über das Meer nach Europa, aber Ahmed hat kein Geld. Drei Monate lebt er in Libyen am Mittelmeer, spricht Menschen an. Frühere Mitflüchtende sind tot. Er schlägt sich irgendwie durch, bis eine Flüchtlingsgruppe von Somalis ihn unter ihre Fittiche nimmt, mit auf ein Plastikboot mit 120 Personen, das nach gefährlicher Fahrt nahe der Küste von Italien aufgegabelt wird. Erschöpft krank, aber andere Flüchtlinge – Ältere – nehmen sich seiner an und er kommt mit der Eisenbahn nach Deutschland, bis er am 20. Dezember 2015 in Münster ankommt. Nach 11 Monaten.

Er hat wieder Glück: Seit April 2016 lebt er in einer Wohngruppe „unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge“ in der

Trägerschaft der Caritas in Münster: Hier leben ein weiterer Flüchtling aus Somalia, zwei Syrer, zwei Afghanen und ein Albaner. In einer gutbürgerlichen Wohnstraße entwickeln sie gute Nachbarschaft, diese Hausgemeinschaft und die Nachbarn mögen sich inzwischen. Einladungen gehen hin und her, derzeit ist Martinsumzug, am 6. Dezember ist einer von ihnen Nikolaus, Ehrenamtsprojekte am Ort. Die Jugendlichen gehen von hier aus zur Schule, kochen und essen gemeinsam

„Armut macht krank: Hunderte Millionen Menschen haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung.“

und putzen selber. Jeder hat sein eigenes Zimmer mit Schlüsseln. Wer weggeht, lässt die Schlüssel auf dem Tisch. Auch Sozialpädagoge Stefan lebt unter gleichen Umständen im Haus, unterstützt von einer Kollegin und zwei Kollegen. Das Haus ist hervorragend renoviert und eingerichtet, keine Sperrmüllmöbel. Alle gehen mit allem sehr achtsam um. Übrigens sind alle Schränke unverschlossen, ohne Schlüssel.

Wie überlebt jemand wie Ahmed auf dieser Flucht? Er hat einen Blick für Menschen, er fällt auf durch seine wachen, lachenden Augen. Er steckt voller Hoffnung, es zu schaffen, auch den nächsten Tag, er hofft auf Europa. Er „hofft täglich auf Allah“, wie er auf Nachfrage sagt. Auf der Flucht hat ihn Allah gerettet, er und die anderen Flüchtlinge haben unterwegs gebetet, allein und zusammen, sich dabei für das Gebet gewaschen – mit Sand in der Wüste statt mit Wasser. „So bin ich immer davon überzeugt gewesen, es zu schaffen“.

Hier in Münster hält er sich zu einer Moschee. Alle sieben Jugendlichen sind Muslime, Sozialpädagoge Stefan ist katholisch, ökumenisch, interreligiös sensibel. Sie reden von Gleich-zu-Gleich über Religiöses, musisch wach, entwickeln dafür einfache sichtbare Formen und finden das spannend. Dafür gibt es ein überregionales „religions-sensibles Kreativ-Netzwerk“, das bis Marl reicht. Hier wird Religion nicht ausgeklammert, abgespalten und keine Religion hat einen Monopolanspruch.

Ahmed ist inzwischen 17 Jahre. Die Schrecken der Flucht stecken in ihm, ihn plagen auch Kopfschmerzen. Humor und Lebensfreude strahlt er aus. Er ist im Haus wenn's sein muss sofort für andere da. Als einer der anderen Jugendlichen schwer krank ist, zieht Ahmed mit seiner Matratze zu ihm vors Bett und kümmert sich um ihn. Nach der Härte der Flucht ist vieles neue Anstrengung und Härte für ihn: zum ersten Mal in seinem Leben zu lernen, wie man schreibt und liest, dazu Deutsch und die Fächer in der Internationalen Förderklasse im Berufskolleg. Er hat Erfahrungen hinter sich und in sich, die ihn viel älter gemacht haben, aber in Hinsicht auf seine formale Alphabetisierung ist er wie ein Vorschüler. Aber er schafft es, weil er es will und Hoffnung hat. Er probiert mit

„Jedes Jahr verkauft Deutschland für mehrere Milliarden Euro Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt. Nach den USA, Russland, China und Frankreich gehört Deutschland zu den größten Waffenexporteuren weltweit.“

dem Stift fortwährend, schreibt, zeichnet, malt. Derzeit denkt er daran, Elektriker oder Automechaniker zu werden.

Er telefoniert mit seinen Eltern, die telefonisch nicht erreichbar sind, über jemanden in der Heimat, der Telefon hat. Er will nie zurück müssen.

An seiner Zimmertür ist die Fahne Somalias so wie an allen Zimmertüren die jeweilige Fahne des Geburtslandes angebracht ist. Wo ist Heimat? Familie?

Wie viele Heimaten haben Menschen wie Ahmed? Übrigens: Fußball ist ihm und ihnen wichtig. Das Haus ist offen. Im Untergeschoss ist ein großer Fernseher. Davor bequeme Liegesäcke zum Chillen (auch für Freunde von draußen). Ahmed weiß alles über Fußball in den Ländern. Auch das schafft Zuhause, Zugehörigkeiten auf dem Planeten Erde.

Wie sieht es in seiner alten Heimat aus? Ahmed zeigt in unserem –gedolmetschten – Gespräch am i-pad Fotos von hügeligem, etwas grünem Land, die Fotos zeigen besonders jede Menge riesige und rostige Panzer in ihrer Provinz, aus 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg, was Somalia zerstört hat.

Hartmut Dreier, seit 1969 im Ruhrgebiet (in Bochum und in Marl) und gut vernetzt – durch AMOS und viele interkulturelle, interreligiöse Projekte sowie durch Architektur-/Stadtplanungsgeschichte im Zusammenhang mit Hans Scharoun und die Ruhrmoderne.

Lesetipps

Marianne Bosshard

Die Sexualität der Bäume und die Liebe zu und unter ihnen

Verlagkessel.de, 2016

Marianne Bosshard hat viele Jahre lang von Oberhausen ausgehend „heimische“ Bäume untersucht, fotografiert und ihre Liebesgeschichten und wie sie sich vermehren erforscht und hier zu Papier gebracht. Sie gräbt dabei in die Kulturgeschichte und nimmt einen mit in eine auch poetische Entdeckungsreise. Ein großartiges Buch.

Robert Bosshard

Köbi

ein Essay – aus dem Leben erzählt, nach der Natur fotografiert, 2016 „Wer glaubt, der fantasiert ... wer behauptet, der ergreift.“ Die Hauptperson Köbi trifft etwas, es trifft zu, es trifft uns und die Bäume geben Kommentar, blitzschnell im Foto gegenüber, mit einer ganz anderen Zeitspannung – wie das die Art der Bäume ist. Sie kommentieren, indem sie wachsen, Menschenleiden. Uns wird klar, dass der Autor genau weiß, wie es seiner Hauptperson geht, wie sie leidet und hier nach Hoffnung dort ausschaut. Das Haus neben der Kaserne Kramgasse 23 ist der Ort – vielleicht in den Alpen – da wird uns Menschengeschichte im Augenblick erzählt. Wir erfahren auch warum die Schweizer so sein müssen wie sie sind. Und die Bäume schauen zu – geduldig in eigener Zeit wachsend. Die letzten beiden Worte: „Fortsetzung folgt“ – Die und alle weiteren Infos beim Autor: Robert Bosshard, Freiherr-vom-Stein-Str. 56, D-46045 Oberhausen, mail: robert.bosshard@kamp-dsl.de

Friedrich Grotjahn

Ameisen in der Stadt.

Projektverlag Bochum/Freiburg 2016, 160 S.

Der damalige SS-Mann Karl Stiefel züchtet Ameisen – davon erzählt das Buch von Stiefels Geburt bis zu seiner Resignation. In diese Geschichte ist eine 2. Ebene eingeschoben, sie beschreibt episodenhaft einige der Umtriebe der Ameisen. Zuerst eher harmlose, später lebensgefährliche. Ameisen überfallen eine Schule, der Rektor kippt vom Katheder ...

„Wenn ich an meine Bank denke, habe ich ein gutes Gefühl!“

Wie beurteilen Sie die Bank für Kirche und Diakonie im Vergleich zu anderen Banken? Diese und viele weitere Fragen haben wir unseren Kundinnen und Kunden gestellt. 98 Prozent der Befragten, die auch mit anderen Geldinstituten arbeiten, gaben an, dass die Bank für Kirche und Diakonie im Vergleich zu den anderen gut oder sehr gut ist. Das ist mehr als ein Gefühl.



Informieren Sie sich über die Bank für Kirche und Diakonie und unsere Angebote für Privatkunden unter: www.KD-BANK.de

Gemeinsam handeln – Gutes bewirken.

KD-BANK
Bank für Kirche und Diakonie

Gebremeskel Fesseha / Johanna Fleischhauer

Fluchtgründe sind komplex.

Was liegt näher, als bei den Ursachen zu anzusetzen, wenn ein Problem auftritt? Doch die „Bekämpfung von Fluchtursachen“ ist leider zum Schlagwort im innenpolitischen Schlagabtausch geworden, was das Nachdenken über die Realitäten in den Herkunftsländern blockiert. Der **AMOS** leistet hier einen aufklärerischen Beitrag, um Flucht, Vertreibung und Migration, die seit Jahrzehnten zunehmen, besser zu verstehen.

Laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR haben Flucht und Migration vielfältige, miteinander verschränkte Gründe, eine Komplexität, die unter den Begriff „mixed migration“ gefasst wird. Dies soll – für manche LeserInnen sicher unerwartet – am Herkunftsland Eritrea erläutert werden, einem ostafrikanischen Land mit ca. 5 Mio. EinwohnerInnen, das, wie die meisten afrikanischen Staaten, bei uns in der Regel mit wenigen Begriffen etikettiert wird.

Ein im Land lebender eritreischer Sozialwissenschaftler, Gebremeskel Fesseha, der für Selbsthilfegruppen, das Sozialministerium und ausländische NGOs tätig ist, hat dem **AMOS** vor zwei Jahren seine Überlegungen zu den Gründen eritreischer Migration geschickt, die, weil sie weitgehend aktuell geblieben sind, hier leicht gekürzt und kommentiert wiedergegeben werden:

„Wo auch immer sich Menschen treffen, im Bus, bei der Arbeit oder zu Hause, in Stadt und Land, sind die Tragödien der Abwanderung ein dominierendes Thema. Reale Erzählungen mischen sich dabei mit Gerüchten. Legale und illegale Migration erfasst mittlerweile alle ökonomischen und Bildungsschichten.

Wer wird für die Problematik verantwortlich gemacht? Im Fokus steht oft, intern wie international, die eritreische Regierung. Ihr werden schlechte Regierungsführung, mangelnde Entschlusskraft und Fehler im Entwicklungsmanagement vorgeworfen. Ein besonders dringendes Problem bildet der National Service. Er wird durchaus akzeptiert in seiner Form von 1994, als die Dauer auf ein halbes Jahr Militärausbildung plus ein Jahr zivile Arbeit begrenzt war. Auch haben sich die Lebensbedingungen in Sawa, dem zentralen Ort des National Service, gegenüber den Härten der Anfangszeit verbessert. Was aber stark kritisiert wird, ist seine unklare, als willkürlich empfundene Dauer für Teile der Jugend. Wer nicht genug Punkte im Abschlussexamen erhält, um einen Studienplatz zu bekommen, und auch keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz im beruflichen Bereich findet, wie auch derjenige, der Studium oder Ausbildung vorzeitig abbricht, kann wieder zum Militär eingezogen werden. Die Auffassung ist verbreitet, dass die Regierung diesen jungen Menschen keine Perspektive im Land geschaffen hat. Von den UN verhängte Sanktionen und andere externe Faktoren haben allerdings eine schwierige Wirtschaftslage weiter verschlimmert.

Eltern junger Migranten tragen aus Sicht Andersdenkender eine Mitschuld; sie ermutigen ihre Kinder und bezahlen

die Ausreise, weil sie hoffen, dass diese vom Ausland aus die Familie unterstützen werden. Diese Einstellung geht auf die Geschichte eritreischer Migration zurück: Generationen sind bei Missernten, Kriegen oder auf der Suche nach Arbeits- und Ausbildungschancen in arabische oder hoch entwickelte Länder migriert. Aktuell überdecken vereinzelte Erfolgsgeschichten in Dubai, Ruanda, früher auch im Südsudan, dass mit den heutigen kriminellen Formen des Trafficking und den globalen Krisen die Migrationsrisiken immens gestiegen sind, während die Erfüllung der Träume sehr unwahrscheinlich wurde.

Schließlich werden den Migranten selbst Eskapismus, mangelnde Ausdauer und Geringschätzung der Fortschritte vorgeworfen, die trotz allem erreicht wurden. ‚Sie betrachten das heimische Gold, als seien es billige Kleider‘, sagt dazu ein Sprichwort. Den entscheidenden Impuls zur illegalen Ausreise geben oft Gleichaltrige. Bereits Entschlossene überreden oft sehr junge, unerfahrene Bekannte zur Mitreise, auch mit falschen Versprechungen. Nicht wenige verdienen daran.

Laut eritreischer Regierung trifft die USA die Hauptschuld an der Abwanderung, weil sie das Land in strategisch wichtiger Lage – entlang einer der wichtigsten Schifffahrtsrouten der Welt – destabilisieren und kontrollieren will. Eritreischen Staatsbürgern wird relativ großzügig die Einreise bewilligt, evangelikale Sekten boten Hilfe an.“

[Anmerkungen J.F.: Das geopolitische Argument wurde vor kurzem in le monde diplomatique aufgegriffen, wo es zu Eritreas Position am Horn von Afrika hieß: „... es ist durch seinen wirtschaftlichen Schiffbruch und den Aderlass seiner Jugend derart geschwächt, dass es letztlich immer ein Bittsteller der Mächtigen bleibt“ (Sept. 2016, S.7).

Zu ergänzen wäre bei den Fluchtmotiven der Einfluss des Internet, das die Sehnsucht vieler Jugendlicher nach einem Leben außerhalb Afrikas anfacht. Webseiten der Diaspora prangern Missstände in Eritrea nicht nur an, sie fordern zur Flucht auf, informieren über das bevorzugte Asyl, das EritreerInnen in den USA und befreundeten Ländern wie Deutschland, Schweiz oder Schweden erhalten und geben Ratschläge.]

„Zwangsmaßnahmen der eritreischen Behörden, die Abstempelung illegal Ausgereister als ‚Verräter‘ oder Strafen für Familien haben die Migration bisher nicht vermindert,“ schreibt G. Fesseha und fährt fort: „Notwendig sind jetzt offene, realistische Diskussionen auf allen gesellschaftlichen Ebenen.“ Damit weist er darauf hin, dass es viele Menschen in Eritrea gibt, die selbst nach Lösungen für ihre Probleme suchen und Akteure ihrer Geschichte bleiben wollen. „Als Angehöriger eines von Migration schwer betroffenen Volkes“ grenzt er sich ab von Experten, die einseitig von außen urteilen, sowie „NGOs, deren Berichte von emotionaler Erschütterung oder politischer Agenda zeugen“.

Aber ist eine solche Auffassung nicht eine Illusion? Die-

se Einschätzung teile ich nicht, weil mir bei Aufenthalten in Eritrea Menschen mit erstaunlicher Kraft begegnet sind, die im Land bleiben, manchmal auch aus dem Ausland zurückkehren. Sie wollen etwas verändern, stellen sich dem schwierigen Alltag, engagieren sich für Familien, die in besonderer Armut leben, organisieren Selbsthilfegruppen mit verlassenen Eltern oder Jugendlichen in Lebenskrisen. Auch Kritik an Regierungsvertretern gibt es nicht so selten, wie das von unseren Medien verbreitete Image Eritreas es erscheinen lässt. Nicht wenige Stimmen verlangen bessere Perspektiven für die junge Generation, Respekt und Reformen.

Allerdings gibt es Repression, autoritäre Eingriffe in die persönliche Lebensplanung, Gefängnis für junge Leute, die sich dem National Service entziehen, und schlimme Haftbedingungen für diejenigen, denen Verrat an der Sicherheit des Landes vorgeworfen wird. Diese Schattenseiten Eritreas prägen hierzulande das Bild.

Dabei bleiben wichtige Informationen unerwähnt:

Zum einen gibt es – als Folge innereritrischer Kritik – Veränderungen: Illegal Ausgereiste können jetzt bei der eritreischen Botschaft ihres Aufenthaltslandes eine Art Entschuldigung unterschreiben mit der Verpflichtung, in Eritrea Steuern zu bezahlen, und erhalten dann einen legalen Reisepass, mit dem sie ein- und ausreisen können.

Zweitens hat in den letzten Jahren der Abbau von Metallen und Pottasche durch kanadische u.a. Firmen Arbeitsplätze mit relativ gutem Einkommen geschaffen. Anders als z.B. von der taz berichtet werden keine Angehörigen des National Service dienstverpflichtet. Die Vereinbarungen für eine Aufteilung des Gewinns sind für afrikanische Verhältnisse ungewöhnlich gut; auch Steuern werden von den Firmen in angemessener Höhe gezahlt. Einige Verbesserungen, z.B. Verbesserungen im Personenverkehr, gehen auf diese Einnahmen zurück.

Drittens begannen Auswanderung und Flucht aus Eritrea in größerem Umfang nach dem letzten Krieg, als sich 2003 ein Scheitern des Friedensvertrages mit Äthiopien abzeichnete. Von der Beilegung des Konfliktes mit dem mächtigen Nachbarn hatten sich viele junge EritreerInnen die Demobilisierung, wirtschaftliche Entwicklung und eine Demokratisierung erhofft. Stattdessen wurde der National Service für viele verlängert und bei militärischen Auseinandersetzungen an der Grenze kurzfristig ausgeweitet, die Wirtschaft litt und die Umsetzung der Verfassung fand nicht statt, Wahlen gab es nur auf kommunaler und mittlerer, nicht auf nationaler Ebene. Garanten für die Umsetzung des Vertrages von Algier waren die UNO, die USA und die EU, wobei insbesondere für die Regierung Bush jedoch die Äthiopien zugeordnete Rolle im „War on Terror“ wichtiger war als die Befriedung der Grenze.

Annette Weber von der Stiftung Wissenschaft und Politik schlug daher 2015 angesichts der hohen Flüchtlingszahlen Folgendes vor, um Reformen in Eritrea den Weg zu bereiten: „Die internationale Staatengemeinschaft wäre gefordert, den

Druck auf Äthiopien zu erhöhen, damit das Land die Vereinbarungen von Algier umsetzt. Von Eritrea ließe sich im Gegenzug erwarten, dass es den Militärdienst begrenzt und sich konstruktiv in der Region engagiert.“ Eine solche Politik würde nicht nur Fluchtursachen in Eritrea angehen, sondern ein positives Signal in der gesamten, von Kriegen zerrissenen Region senden, in der Hunderttausende auf der Flucht sind.

Eine niederschwelligere Maßnahme wäre, wie bei einem Besuch von Entwicklungsminister Müller in Asmara im März 2016 angesprochen, Unterstützung für Projekte im Gesundheitssektor, im Bergbau und an der Hochschule von Mai Nefghi. Durch die Schaffung neuer, qualifizierter Arbeitsplätze (und nicht, wie hier manchmal zu lesen, durch Finanzierung von Grenzpolizei) sollen die Migrationszahlen aus Eritrea sinken.

„62 Einzelpersonen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, also rund 3,6 Milliarden Menschen.“
Quelle: www.oxfam.de/system/files/20160118-wirtschaftssystem-superreiche.pdf

Bis vernünftige, aber schon oft an Interessenpolitik gescheiterte Lösungen Wirklichkeit werden, gilt der Appell von Gebremeskel Fesseha an die Zielländer, „die unsere überlebenden Kinder schließlich erreichen“: Nehmt sie in humaner Weise auf, fördert sie und behandelt sie mit Respekt vor ihrer Menschenwürde!

Johanna Fleischhauer ist Politik- und Sozialwissenschaftlerin. Sie forscht und schreibt zu afrikanischen Themen.

zum Weiterlesen:

Johanna Fleischhauer, Gebremeskel Fesseha u.a.
Ressourcen wahrnehmen, stärken und entwickeln in der Sozialen Flüchtlingsarbeit.

in: Frey, C. und Lutz, R. (Hg.), Sozialarbeit des Südens Bd. 4.
Verlag Paulo Freire, Oldenburg, ISBN: 978-3-86585-907-5

Johanna Fleischhauer & Gebremeskel Fesseha
Kindheit und Krieg in Afrika

in: Frey, C. und Lutz, R. (Hg.), Sozialarbeit des Südens Bd. 3.
Verlag Paulo Freire, Oldenburg, ISBN: 978-3-86585-905-1

Johanna Fleischhauer
Von Krieg betroffene Kinder

Verlag budrichUnipress, Leverkusen 2008, ISBN 978-3-940755-11-7

Lesetipp

Peter Maass

Öl. Das blutige Geschäft.

Droemer Verlag, München 2010; 352 S., ISBN 978-3-426-27529-0
Das ist ein Bericht über Kleptokraten und Korruption, gigantische Profite, Missachtung der Menschenrechte und Umweltzerstörungen von unvorstellbaren Ausmaßen. Deshalb und weil es die dafür Verantwortlichen benennt, leistet es einen bedeutenden Beitrag zur Aufklärung über die blutigen Geschäfte mit dem wichtigsten Schmiermittel unserer Zeit. Also weg vom Öl, wie in vielen westlichen Ländern inzwischen propagiert wird? Dazu merkt Peter Maass lapidar und treffend an: „Wir verfügen über genügend Lösungsansätze; woran es mangelt, ist Entschlossenheit.“

Hartmut Dreier

Kian – Einige Erfahrungen: Lebensweg, Flucht aus dem Iran und Hoffnungen

Kian singt in mehreren Chören im Ruhrgebiet mit. Viele davon sind christliche Chöre, über die er besonders dankbar ist, denn in ihnen darf und kann er sein „Christsein“ leben. In einem werden die dreißig Artikel der Menschenrechtscharta gesungen; dies ist ein Projekt, das siebzig Chöre aus siebzig Ländern der Welt umfassen soll. Kian hatte die Idee, Lieder auf Persisch einzubringen. So hat seine Mutter aus einer Rohübersetzung des Zweiten Artikels der Charta ein Gedicht geschrieben. Kian hat zu diesem Gedicht einen zweistimmigen Satz für Sopran und Bass komponiert. Kian wird zusammen mit einer guten Freundin dieses Solo singen.

Seit seinem sechsten Lebensjahr spielt er Keyboard. Mit fünfzehn Jahren begann er eigene Stücke zu komponieren, mit einundzwanzig sang er regelmäßig im Chor. Schon sein Vater hat eine gute Stimme und hatte viel gesungen, darüber hinaus besitzt er die Tar, eine dem türkischen Saz ähnliche Kniegeige mit kleinem und großem „Bauch“ sowie die Sag, eine Art Trommel; das alles benutzte er allerdings vor dem derzeitigen Regime (i.E: vor 1979!). Seit dessen Etablierung hat der Vater jede musikalische Betätigung aufgegeben. Denn das Regime (hat) propagiert, dass Musik, Tanz und alles was Spaß macht schlecht sei.

In der Oberschule wollte Kian auf den Musikzweig gehen. Der Vater hat es verboten, u.a. wegen seiner Überzeugung und der Entfernung. Auf dessen Geheiß besuchte er den elektromechanischen Zweig. Als Kian in der zehnten Klasse war, ein Jahr später, sagte sein Vater, dass er nach Qom, in das theologische Zentrum der Islamischen Republik Iran, gehen dürfe, welches jedoch noch weiter von Zuhause weg war als die Musikschule. Das jedoch wollte Kian nicht.

Er versuchte zwar, ein „guter Muslim“ zu sein; es gelang ihm aber nicht. Die Leere im Herzen wurde immer größer, dabei suchte er immer weiter.

Zum Glück gab es viele junge Leute, die trotzdem Musik machten. Mit 21 Jahren lernte er eine gute Chorgruppe kennen. Er lernte Noten; vorher hat er aus dem Gedächtnis und mit Improvisation musiziert. In diesem Chor wurden auch christliche Lieder gesungen, mit „westlichen“ Harmonien und dementsprechend mehrstimmigen Sätzen. Die persische Musik ist üblicherweise ein- bis maximal zweistimmig.

Von den rund zwanzig bis dreißig christlichen Liedern, die bei den Proben gesungen wurden, durften maximal zwei bis drei im öffentlichen Konzert gesungen werden. Bestimmte Wörter (Jesus, Israel, Kreuz usw.) durften nicht auftauchen. Viele Musikrichtungen, z.B. Tanz- und Rockmusik, waren „sowieso“ verboten.

In seiner Stadt gab es eine Kirche, die er nie betreten durfte. In der Nähe dieser Stadt gab es allerdings ein altes Dorf mit einer alten, verfallenen Kirche im Wald. Es war ein ruhiger Ort. Kian fühlte dort beim Singen eine „Gänsehaut“, ein magischer Ort. Die Chorleiterin hat die Lieder, die gesungen wurden, inhaltlich erläutert. Ergänzend dazu hat er im Internet recherchiert: Dank seiner Computerkenntnisse war es ihm

möglich, die staatlich gesetzten Filter im Web zu umgehen. Bei den Proben und Zusammenkünften an diesem besonderen Ort hatte er ein „warmes Gefühl“ und hat innerlich Lichter gesehen.

Bei einem langjährigen Freund aus dem Chor war Kian zu Hause zu Besuch. Dort hingen ein Kreuz und ein Bild von Jesus an der Wand. Der Freund hat sich als Christ geoutet. Kian hat viel von sich und seiner Suche nach dem Sinn des Lebens erzählt. Der Freund hat zu ihm gesagt: Pass auf! Viele Freunde sind im Gefängnis. Nicht in der Öffentlichkeit darüber reden!

Bei der Wahl 2009 hat er mitdemonstriert. Dabei ist er verhaftet worden, mit anderen Verhafteten an den Stadtrand gefahren und dort ausgesetzt worden. Die Monate danach hat sich die Polizei regelmäßig bei ihm gemeldet. Daraufhin hat ihm ein Freund empfohlen zu emigrieren, erst recht, wenn er als Christ leben möchte.

Sein Chor konnte vor ca. 3 Jahren zu einem internationalen Festival nach Europa fahren, seine Frau war auch mit dabei. Er erlebte, er fühlte die Freiheit in Europa, dass dort so viel möglich war, was in seiner Heimat nicht möglich ist ... Schweren Herzens sind er und seine Frau zurückgekehrt.

Heute lebt Kian als Christ im Ruhrgebiet und wartet sehnsüchtig auf seine Familie.

Hartmut Dreier, s.S. 10. – „Diesen Lebensbericht zu Kian schreibe ich nach vielen Gesprächen mit Kians und unsern Freundeskreisen“.

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnantIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
- Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Stephan Müller

Roma aus dem Westlichen Balkan: Ursachen ihrer Flucht

Ausgrenzung, kumulative Diskriminierung und ein weitverbreiteter Antiziganismus bestimmen die Lebensumstände der Roma im Westlichen Balkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien). Im Kosovo ist ihr Leben zudem noch heute von den Nachwirkungen der Gewalt gegen sie in der Nachkriegszeit bestimmt, als 1999/2000 über 100.000 der dortigen Roma vertrieben und mehrere Dutzend ihrer Siedlungen zerstört worden sind.

Roma aus dem Westlichen Balkan suchen vornehmlich in Westeuropa Zuflucht, aber auch in Griechenland oder Italien. Zudem fanden zehntausende vertriebene Roma aus dem Kosovo Zuflucht in den Nachbarstaaten, v.a. in Serbien. Die deutsche Regierung reagiert vornehmlich mit Asylrechtsverschärfungen und Zwangsabschiebungen, obwohl, wie der Fall Kosovo demonstriert, die meisten der Abgeschobenen gar nicht im Kosovo ankommen bzw. diesen wieder verlassen. Außerdem wird indirekt Druck auf die Heimatländer ausgeübt, die Ausreise von Roma zu verhindern. So lange aber die Ursachen für das Verlassen ihrer Heimatländer – Antiziganismus, Ausgrenzung und kumulative Diskriminierung – nicht bekämpft werden, sind Roma weiterhin gezwungen, diese zu verlassen.

Roma im Westlichen Balkan – Beispiel Kosovo

Kosovo steht stellvertretend für den weitverbreiteten Antiziganismus, die Ausgrenzung und Diskriminierung der Roma auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt wie auch im Schulsystem und für das Desinteresse der Politik, diese Phänomene zu bekämpfen.

Kosovo ist jedoch insofern ein Sonderfall, dass die Gewalt gegen Roma und ihre massenhafte Vertreibung in der Nachkriegszeit, v.a. in den Jahren 1999 und 2000 noch heute Wirkung zeigt. Damals wurden mehrere Dutzend Siedlungen von Roma zerstört, ohne dass sie wieder aufgebaut worden wären. Mehr als 100.000 Roma wurden vertrieben, viele umgebracht, wobei Täter oder Verantwortliche bis heute nicht gerichtlich zur Rechenschaft gezogen wurden. Zudem wurde eine Mehrheit der Roma entlassen, die in staatlichen und semi-staatlichen Strukturen beschäftigt waren.

In den vergangenen Jahren wurden unterschiedliche Gesetze und Strategien erlassen, um Roma im Kosovo zu schützen und zu involvieren. Diese Unternehmungen fanden jedoch wenig bis keine Wirkungen, da sie unzureichend oder gar nicht umgesetzt wurden. Auch das (bewusste) Nicht-Umsetzen dieser Gesetze und Strategien trägt zur Diskriminierung bei. Darüber hinaus werden Roma bis heute pauschal als Kollaborateure des serbischen Systems bezichtigt, womit die Vertreibung in der Nachkriegszeit und die Ausgrenzung gerechtfertigt werden. Die Verbrechen an Roma werden allerdings weder in der Politik noch in der Gesellschaft thematisiert.

Da unterschiedliche Formen von Diskriminierungen in nahezu allen Bereichen des alltäglichen Lebens seit vielen Jahren vorkommen, die von politisch Verantwortlichen seither mindestens toleriert werden, können sie als systematische und kumulative Diskriminierung verstanden werden. Dies könnte durchaus als Verfolgungsgrund gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention und somit als Asylberechtigung identifiziert werden. Der Menschenrechtskommissar des Europarates weist daher auch ausdrücklich darauf hin, dass im Kosovo Minderheiten einer systematischen und kumulativen Diskriminierung ausgesetzt sein können, was bei der Frage der Asylgewährung berücksichtigt werden sollte.

Wohnungssituation im Kosovo

In der Nachkriegszeit wurden viele Häuser zerstört oder illegal besetzt und können von ihren eigentlichen Eigentümern nicht bewohnt werden. Hierbei wurden nicht nur Siedlungen von Roma, sondern in den großen Städten auch ganze Viertel zerstört oder besetzt. In Pristina z.B. leben heute einige wenige hundert Roma von einst 15.000 – 20.000.

Viele dieser Viertel waren informelle Siedlungen, d.h. dass meist für die Grundstücke keine offiziellen Eigentümerdokumente vorlagen. Bereits im Jahre 2003 formulierten die „Standards for Kosovo“, ein von den Vereinten Nationen ausgehandelter Leitfadens für den Weg zur Unabhängigkeit, die Formalisierung dieser Siedlungen als eine der Bedingungen zur Unabhängigkeit. Das 2008 überarbeitete Gesetz zur Raumplanung nahm diese Forderungen zwar auf, wurde aber nie umgesetzt. Die Regierungsstrategie zur Formalisierung der Informellen Siedlungen 2011 – 2015 wurde vom Premierminister nicht unterzeichnet, sodass bis heute kaum Siedlungen formalisiert wurden.

Die prekäre Wohnungssituation trug nicht nur dazu bei, die Integration der im Kosovo lebenden Roma zu erschweren, sondern führte v.a. dazu, die Rückkehr vieler Roma unmöglich zu machen.

Arbeitsmarktsituation im Kosovo

Sowohl die Verfassung (Art. 61) als auch das Minderheitengesetz (Art. 9.2.) und das Antidiskriminierungsgesetz (Art. 2) fordern Maßnahmen zur besonderen Förderung der Roma. Allerdings werden diese Vorgaben nach wie vor nicht umgesetzt. Im öffentlichen Dienst bleiben Roma unterrepräsentiert, obwohl Einstellungen in der Verantwortung der Behörden stehen. Auch im Privatsektor bleiben sie als Roma außen vor. Selbst die Regierung geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit unter Roma bei über 90% liegt. Der graue Arbeitsmarkt bietet nur beschränkte Einnahmequellen. Der Erhalt von Sozialhilfe ist an schwere Bedingungen geknüpft, z.B. muss im Haushalt ein Kind im Alter von vier Jahren oder jünger leben und ist mit 70 € im Monat (wozu noch pro Kind 5 € Kindergeld kommen können) so bemessen, dass es nicht zum Überleben ausreicht.

Es sind daher Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland, die eine wichtige Einnahmequelle darstellen und das Überleben vieler Roma im Kosovo sichern. Werden nun aber Hunderte oder Tausende in den Kosovo abgeschoben, bleiben diese Überweisungen aus. Andere Personen, die bis jetzt von diesen Überweisungen im Kosovo gelebt haben, können ihr Überleben nicht mehr finanzieren, sodass sie wahrscheinlich gezwungen sein werden, den Kosovo zu verlassen, um ‚illegal‘ in Westeuropa oder in einem der Slums in Serbien zu (über-)leben.

Die spezifische Situation der Rückkehrer

Eine Studie der Gesellschaft für Bedrohte Völker Schweiz (GfbV CH) zeigt exemplarisch die Gründe auf, warum viele Roma ihre Herkunftsstaaten (wieder) verlassen. Für die Studie wurden Roma befragt, die nach ihrer Abschiebung im Kosovo geblieben oder nach ihrer Abschiebung weiter nach Serbien gezogen sind.

50% der in Serbien Befragten gaben an, dass ihre Häuser im Kosovo entweder zerstört oder besetzt sind. Sie waren gezwungen, den Kosovo zu verlassen, da sie keinen Wohnraum hatten. Unter den Befragten im Kosovo lebte die Hälfte bei Verwandten oder hatte Wohnraum angemietet, zumeist von Roma, die im Ausland leben.

Von den interviewten schulpflichtigen Kindern gingen während ihres Aufenthaltes in Westeuropa alle in die Schule, im Kosovo jedoch nur 25%. Während 40% der Befragten temporären, informellen Tätigkeiten nachgingen, hatte keiner eine legale Anstellung. Nur 15% gaben Sozialhilfe als Einnahmequelle an, 77.5% führten Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland als Einnahmequelle an.

Letztlich verdeutlicht die Studie auch, dass die Zwangsabschiebungen nicht zielführend sind. Zum einen geht die Mehrheit der Roma in den Untergrund, bevor die eigentliche Abschiebung vollzogen werden soll, zum anderen verlässt der größte Teil der Zwangsabgeschobenen den Kosovo wieder. Als die GfbV CH im August 2015, acht Monate nach der Befragung, die Befragten wieder kontaktierte, hatten 33 der 40 Haushalte im Kosovo das Land wieder verlassen. Von den 30 befragten Haushalten in Serbien waren 15 wieder in Westeuropa.

Roma aus dem Westlichen Balkan im Asylverfahren in Deutschland und der Asylkompromiss 2015

Es wird davon ausgegangen, dass ein Drittel der Asylantragsteller aus den Staaten des Westbalkans Roma sind. Für das Jahr 2014 gab das Bundesinnenministerium sogar an, dass 92% der Antragsteller aus Serbien Roma waren. Dies würde bedeuten, dass mindestens 80.000 bis 90.000 Roma aus diesen Staaten um Asyl in Deutschland nachgesucht haben. Hinzu kommen noch weitere tausende Roma aus dem Westlichen Balkan, die bereits länger in Deutschland mit einer „Duldung“ leben. Insgesamt dürften sich daher seit 2012 über 100.000 Roma aus dem Westbalkan im Asylverfahren befinden haben.

Nach Beobachtungen der GfbV im Kosovo haben schon im 2. Halbjahr 2014 jeden Monat hunderte Roma den Ko-

sovo verlassen. Im Zeitraum von Januar bis März 2015 gab es über 1.800 Erstasylanträge und weitere 300 Folgeanträge von Roma aus dem Kosovo in Deutschland. Somit dürften im Rahmen der Ausreisewelle aus dem Kosovo 2014/2015 ca. 10% der Roma den Kosovo verlassen haben. Von wenigen Einzelfällen abgesehen werden jedoch Asylanträge von Roma aus dem Westlichen Balkan in Deutschland als unbegründet abgelehnt.

Die hohen Zahlen von Asylanträgen von Roma werden im politischen und gesellschaftlichen Diskurs weniger als ein Indikator dafür genommen, dass Antiziganismus, Ausgrenzung und Diskriminierung Roma dazu zwingen, ihre Heimatländer zu verlassen. Vielmehr wird die allgemeine wirtschaftliche Lage in den Herkunftsländern als alleiniger Grund angesehen. Roma nützten das Asylsystem aus, darum müsste dies geändert werden. Das zeigte nicht zuletzt die Debatte um die Einstufung der Staaten des Westlichen Balkans, inklusive Kosovo, als „sichere Herkunftsstaaten“.

Der im Herbst 2015 zwischen Bundesregierung und Bundesländern erzielte Asylkompromiss um das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ bezieht sich gerade mit einem Satz auf die Lage der Roma: „Der Bund wird sich aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, insbesondere Roma, im Westbalkan einsetzen.“

Der Fokus liegt also auf der wirtschaftlichen und sozialen Situation, nicht auf der Bekämpfung der eigentlichen Fluchtursache: dem Antiziganismus, der Ausgrenzung und Diskriminierung. Ein aktiver Einsatz für eine Verbesserung der Situation der Roma blieb bislang aus. Bis jetzt sehen wir ein verstärktes Abschieben von Roma, die z.T. seit Jahren in Deutschland leben bzw. hier geboren sind, obwohl die Fakten zeigen, dass der große Teil der abgeschobenen Roma z.B. im Kosovo nicht überleben kann.

Um positiv auf eine Verbesserung der Lage der Roma im Westlichen Balkan einzuwirken und die Zwangsmigration oder Flucht der Roma einzudämmen, müsste die deutsche Politik ihre bisherige „Vogel Strauß Politik“ aufgeben und Antiziganismus sowie die Diskriminierung und Ausgrenzung der Roma anerkennen.

Parallel sollten in drei Bereichen Maßnahmen ergriffen werden:

1. verbunden mit dem notwendigen politischen Druck auf die Regierungen der Länder im Westbalkan diese Phänomene zu bekämpfen, müssen die Länder fachlich und finanziell dabei unterstützt werden;
2. Roma sollten explizit in Maßnahmen zur legalen Arbeitsmigration einbezogen werden und
3. die schon seit Jahren in Deutschland lebenden Roma aus dem Westlichen Balkan sollten integriert werden.

Stephan Müller, Politikwissenschaftler, arbeitet als unabhängiger Experte für die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz und hat u.a. im Kosovo reichlich Erfahrungen gesammelt.

„In mindestens drei von fünf Ländern werden Menschen gefoltert oder anderweitig misshandelt.“

Quelle: www.amnesty.de/amnesty-international-report-2016

Ingrid Just

Kein Ort. Nirgends

Ein Einblick in die Lebensgeschichte der Romafamilie J.

Sie lebten in Vranjska Banja – einem Dorf in Serbien, in seiner „Romastraße“: der Vater Marjan, die Mutter Stana und die Tochter Lidija. Sie wohnten alle zusammen in einem Zimmer, sie schliefen in einem Bett, gestützt von Ziegelsteinen. Arbeit hatte der Vater nicht, mit viel Glück konnte er als Tagelöhner in der Saison bei der Ernte helfen. Manchmal versuchte er auch sein Glück als Straßenmusiker.

1991 – Lidija war 5 Monate alt – kamen sie nach Deutschland und stellten einen Asylantrag. Sie lebten in Mülheim a.d.Ruhr. 1994 wurde der Sohn Marvin in Mülheim geboren und besuchte später die Grundschule. Lidija wurde 1997 eingeschult. Aber 2002 mussten sie, um nach abgelehntem Asylantrag der Abschiebung zu entgehen, „freiwillig“ nach Serbien zurückkehren.

Wieder lebten sie in Vranjska Banja – ohne Perspektive – wieder Tagelöhner auf Glück, wieder Straßenmusik. Dann erlitt der Vater Marjan zwei Herzinfarkte. Angst kroch in ihnen hoch. Keine medizinische Versorgung! Sorge, Lebensunsicherheit, der dritte Herzinfarkt.

Die dringend benötigten Medikamente – unbezahlbar. Und die Schule? Marvin wurde als „Zigeuner“, als „Scheiß-Deutscher“ beschimpft und oft geschlagen. Lidija sollte in die 1. Klasse zurückgestuft werden, ihr Serbisch sei nicht ausreichend. Den Schulbus konnten sie nicht benutzen – für Roma nicht erlaubt. Lidija blieb zu Hause und half den Eltern.

So suchten sie 2010 erneut Zuflucht in Deutschland, in Mülheim. Nach 6 Monaten aber drohte erneut die Abschiebung. Also wieder: „freiwillige“ Rückkehr nach Serbien, ins Dorf, in das Zimmer in der „Romastraße“, in die Situation von Herz-Angst, Armut, Perspektivlosigkeit.

Erneut kamen sie nach Deutschland: 2011, Folgeantrag – schon nach 1½ Monaten drohte die Abschiebung – wieder ging's zurück nach Serbien, ins Dorf, ins Zimmer, in Angst und Not.

Man hörte Gutes von der Schweiz: Noch am Ende des gleichen Jahres versuchten sie es dort, aber wieder nichts – kein Ort. Nirgends. Zurück musste es gehen, ins serbische Dorf, in das Zimmer mit den Ziegelsteinbetten. Der Vater verlor die letzte Kraft, verlor die „Nerven“ taumelte in immer dunklere Depressionen; ebenso die Mutter – sie schlief nicht mehr.

Und wieder der Versuch, im alten „Hoffnungsland“ Fuß fassen zu dürfen: 2012 im Herbst machten sie sich auf gen Nord-Westen: nach Mülheim, stellten am 16. Oktober einen Folgeantrag. Dieses Mal half der Mülheimer Flüchtlingsrat – nach langem Intervenieren und Bangen mit Erfolg: Sie erhielten eine befristete Aufenthaltserlaubnis.

Und dort leben sie nun:

Vater, krank – Mutter, krank – der Sohn Marvin und die

Tochter Lidija aber besuchten von Anfang an das Berufskolleg, um den Hauptschulabschluss zu machen.

Auch hier alle in einem Zimmer, mit Geld nach dem AsylbLG (d.h. weniger als Hartz IV) für die notwendigsten Lebensmittel – vor allem aber mit medizinischer Versorgung für den herz- und gemütskranken Vater und die durch das Getriebensein depressive Mutter – und mit der Hoffnung von Marvin und Lidija, endlich irgendwo bleiben zu dürfen, wo man leben kann – ohne Angst, ohne Verachtung – und mit der Chance, das Leben aus eigener Kraft gestalten zu dürfen.

Sie sind noch nicht gebrochen, betonen im Gespräch, dass sie Mut haben – Kraft, die sich auch sichtbar entfaltet: Den Schulabschluss haben die Beiden geschafft – Marvin arbeitet als Begleiter in einer Flüchtlingsunterkunft, d.h. Übersetzen, Konflikte schlichten, sich kümmern; als begnadeter Trompeter findet er Glück in der Musik und in seiner Beziehung zur

„Verfolgung und Diskriminierung zwingen Menschen in vielen Ländern der Welt, ihr Zuhause zu verlassen. Deutschland hat alle internationalen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet. Gleichzeitig vergibt die EU jedoch Milliarden an Staaten, in denen die Menschenrechte systematisch missachtet werden, damit sie Menschen von der Flucht in Richtung Europa abhalten.“

jungen Isidora mit vergleichbarem Schicksal. Lidija pflegt die Eltern und ist verheiratet mit einem Deutschen, hat ein Kind.

Die Hoffnung lebt: Leben an einem Ort, Wurzeln schlagen können – an einem Ort bleiben dürfen.

Aber: Marvins Arbeitsvertrag reicht bis 2017, seine Aufenthaltserlaubnis bis 2018, die Isidoras und seiner Eltern noch sechs Monate.

Und dann – was wird dann?

Ein Ort. Hier?

Ingrid Just ist seit 1985 Vorsitzende des Mülheimer Flüchtlingsrates e.V. und gibt Integrationskurse an der VHS Duisburg.

Lesetipps

Érik Orsenna

Weißer Plantagen. Eine Reise durch unsere globalisierte Welt
C. H. Beck Verlag, München 2007, 288 S., ISBN 978-3-406-55917-4
Eine Erkundung unserer globalisierten Welt auf den Spuren der Baumwolle, dem „Hausschwein der Botanik“, zu Recht mit dem Lettre Ulysses Award für die Kunst der literarischen Reportage ausgezeichnet.

Érik Orsenna

Die Zukunft des Wassers. Eine Reise um unsere Welt
C. H. Beck Verlag, München 2010, 319 S., ISBN 978-3-406-59898-2
„Am Anfang aller Humanität steht das Wasser. Am Anfang aller Würde, aller Gesundheit, aller Bildung, aller Entwicklung.“ – Zwei Jahre lang hat Orsenna den Planeten auf der Spur des Wassers bereist. Sein Buch erschließt uns das ganze Universum des Wassers – seine Gefahren, aber auch seine unabwiesbaren Schönheiten.

Ramona Lenz und Christian Sälzer

Arm und krank – Migration und Flucht

Armut macht krank – und Krankheit macht arm. Weltweit leiden rund 700 Millionen Menschen unter extremer Armut. Das heißt, dass fast jeder zehnte Mensch hungri- g schlafen geht. Doch selbst wenn Menschen „genug zum Überleben“ haben, bedeutet das nicht, dass sie ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen führen können. Wenn

„Sämtliche der zehn ärmsten Länder der Welt sind reich an Rohstoffvorkommen.“

Quelle: www.frieden-fragen.de/entdecken/weltkarten.html

Menschen keinen Zugang zu gesunder Ernährung haben, zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen, zu guten Arbeitsbedingungen und Bildung, gilt ihr Recht auf Leben nur eingeschränkt. Die Ungleichheit kann beziffert werden: In Mali sterben 178 von 1.000 lebend geborenen Kindern, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen. In Deutschland sind es vier. Auch die Lebenserwartung verdeutlicht die soziale Spaltung: Wer in Deutschland lebt, wird durchschnittlich 81 Jahre alt, in Sierra Leone nur 47 – also 34 Jahre weniger.

Die Unterschiede zeigen sich auch im Zugang zu medizinischer Versorgung. Nur in wenigen Ländern des globalen Südens gibt es ein funktionierendes, allgemein zugängliches Gesundheitssystem, vielerorts fehlt es an Fachpersonal. In Mali etwa muss sich ein Arzt oder eine Ärztin im Schnitt um 10.000 Menschen kümmern, in Deutschland sind es 39 Ärztinnen und Ärzte. Die heutige Misere ist auch dadurch entstanden, dass zahlreiche Staaten die Ausgaben für Gesundheit massiv gekürzt haben. Dazu waren sie u.a. aufgrund der Strukturanpassungsprogramme gezwungen, die ihnen von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds als Bedingung für Kreditvergabe oder Schuldenerlass auferlegt worden waren.

Öffentliche Krankenhäuser wurden geschlossen oder an private Anbieter abgetreten, bei denen jede Leistung von den Patientinnen und Patienten bezahlt werden muss. Wer arm ist, findet oftmals gar keinen Arzt und keine Ärztin oder kann sich die Behandlung und die Medikamente nicht leisten. Viele verschulden sich und sind am Ende ärmer als zuvor. All das müsste nicht sein, denn es ist genug für alle da. Allerdings ist der Reichtum extrem ungleich verteilt. In den Entwicklungs- und Schwellenländern des Südens leben 84 Prozent der Weltbevölkerung. Während sie 92 Prozent der weltweiten Krankheitslast tragen, kommen ihnen nur 16 Prozent der globalen Ausgaben für Gesundheit zugute. Hieran hat ihre Einbindung in den Weltmarkt nichts geändert – im Gegenteil.

Zwar haben die Internationalisierung der Produktion und Freihandel auch Wohlstand geschaffen und soziale Aufstiege ermöglicht. Gleichzeitig aber haben sie die sozialen Ungleichheiten verschärft: Allein in den letzten fünf Jahren hat sich das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung fast halbiert, während die Reichen noch reicher geworden sind. Heute besitzen 62 Einzelpersonen so viel wie die ärmere

Hälfte der Weltbevölkerung, rund 3,6 Milliarden Menschen.

Flucht ist für die Allerärmsten oft kein Ausweg. Denn wer nicht genug zu essen und zu trinken hat, kann sich die Kosten einer Flucht nicht leisten. Daher migrieren oft eher diejenigen, die mindestens über das Allernötigste verfügen, vor Ort aber keine Perspektive mehr sehen. Auswanderung einzelner Angehöriger ist zu einer Überlebensstrategie für ganze Familien geworden. So sind in den vergangenen Jahren Tausende philippinische Krankenschwestern ausgewandert. Während sie zuhause durchschnittlich 146 US-Dollar im Monat verdienen, sind es in den Golfstaaten 500 Dollar, in den USA 3.000 Dollar (Zahlen von 2003).

Die zurückgebliebenen Familien leben davon, dass wenigstens eine Tochter

„Ressourcenreichtum schafft oft die Rahmenbedingung für extreme Ungleichheit, brutale Repression und Bürgerkrieg.“

im reichen Norden untergebracht werden konnte und Geld nach Hause schickt.

Ramona Lenz und Christian Sälzer arbeiten beide für medico international. Diesen und den folgenden Text entnehmen wir aus GEW-medico: Warum Menschen fliehen, Frankfurt/M 2016, S. 9

Impressum

Verlag:
AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:
AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:
redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Konto: AMOS
IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Recklinghausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Robina Cronauer und Wolf-Dieter Just

Schlussredaktion:
Ute Hüttmann (Textbearbeitung)
Axel Lippek (Layout)

Titelbild: Manfred Walz
AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Einzelpreis: 5,00 €
Abo-Preis: 20,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Realisation:
Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl
Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Ramona Lenz und Christian Sälzer

Warum Mali trotz großer Nachfrage nach Baumwolle arm ist

Mali ist nicht nur der drittgrößte Goldproduzent Afrikas, sondern auch der zweitgrößte Erzeuger von Baumwolle. Doch trotz der großen Nachfrage nach dem „weißen Gold“ auf dem Weltmarkt leben heute vier von fünf BaumwollbauerInnen in Mali in Armut. Die Region Sikasso, wo ein Großteil der Baumwolle angebaut wird, gilt als die ärmste des Landes.

Der Anbau und die Weiterverarbeitung von Baumwolle stellte für Mali lange Zeit eine wichtige Strategie zur Minderung der Armut auf dem Land dar. Eine verstaatlichte Wirtschaft kaufte den BäuerInnen die Rohbaumwolle zu einem stabilen Preis ab. Tausende Familien sicherten so ihr Überleben. Nach und nach geriet das Land jedoch in eine schwere Schuldenkrise.

In den 1980er Jahren entwickelten Weltbank und Internationaler Währungsfonds Strukturanpassungsprogramme als Bedingung für die Vergabe von Krediten und den Erlass von Schulden. Dazu gehörte eine strikte Privatisierung der staatlichen Betriebe, also ihre Umwandlung in Privatunternehmen, und eine Anpassung an die vom Weltmarkt vorgegebenen – deutlich niedrigeren – Preise. Für die malischen BaumwollbauerInnen hatte das verheerende Konsequenzen. Viele haben den Anbau eingestellt und sind in die städtischen Zentren abgewandert oder versuchen, im Bergbau Arbeit zu finden.

Dass sie auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig sind, liegt auch an den hohen Subventionen, die die USA, China und die EU ihren Produzentinnen und Produzenten zahlen, so dass diese ihre Baumwolle deutlich günstiger anbieten können. Die Regierung Malis versucht daher gemeinsam mit anderen Ländern des Südens, die Welthandelsorganisation (WTO) zu einer Abschaffung der Baumwollsubventionen zu drängen – bislang vergeblich.

Indem die Wirtschaft in Ländern wie Mali weitgehend schutzlos dem Weltmarkt ausgesetzt wurde, sind viele lokale Strukturen und Märkte zerstört worden. Massenprodukte aus China oder Lebensmittel aus Europa verdrängen heimische Produkte und die eigenen Rohstoffe werden meist anderswo weiterverarbeitet. Da in Mali immer weniger Menschen in der Baumwollverarbeitung oder in anderen Bereichen ein Auskommen finden, wächst die Zahl der Armen. Laut UN-Angaben leben inzwischen sieben von zehn MalierInnen unterhalb der nationalen Armutsgrenze.

Seit Anfang 2012 wird insbesondere der Norden Malis von kriegerischen Auseinandersetzungen erschüttert, die Hunderttausende zur Flucht zwangen. Angesichts von Perspektivlosigkeit und zunehmender Gewalt hat inzwischen ein Viertel aller MalierInnen das Land verlassen. Die meisten bleiben in der Region, nur wenige versuchen nach Europa zu gelangen. Da es kaum noch legale Migrationsmöglichkeiten für sie gibt, müssen sie die gefährliche Flucht durch die Sahara und über das Mittelmeer wagen. Das Geld, das die Ausgewanderten an ihre Familien überweisen, ist heute eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes geworden. Die Summe ist höher als die Investitionen ausländischer Unternehmen oder als die Entwicklungshilfegelder, die ins Land fließen.

Ramona Lenz und Christian Sälzer, s.S. 17

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

46. Jahrgang · Nr. 2 · Juni 2016 · H20729
PROKLA 183
Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Ökonomie der Flucht und Migration

Widersprüche 141
Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich
36. Jahrgang · September 2016

Flucht – Provokationen und Regulationen

Elas Steinilber
Ausnahme als Regel. Asyl zwischen menschenrechtlicher Ambition und nationalpolitischer Praxis

Ellen Boreis & Thomas Wagner
Flucht als soziale Praxis – Situationen der Flucht und Soziale Arbeit

Dirk Hauser
„Flüchtlingskrise“ und autoritäre Integration. Zu einigen Aspekten der Reorganisation staatlicher Kontrollpolitiken

Sebastian May
Wer? Esenspakete ich ausgeht, des Lied ich sing? – Über Abhängigkeiten Sozialer Arbeit im Kontext restriktiver Asyl- und Unterbringungspolitik

Friedhelm Schütte
Integration oder Inklusion jugendlicher Flüchtlinge via Berufsbildung? Arenasprache ohne Flüchtlinge

Laura Graf
Freiwillig im Ausnahmezustand. Die ambivalente Rolle ehrenamtlichen Engagements in der Transformation des Asylregimes

Sabine Jungk
Willkommenskultur: Von neuen Chancen, alten Fehlern und Versäumnissen. Ein Essay

Eva Hollnisch
Freiwillig in der Flüchtlingsarbeit – ein Erfahrungsbericht

Albert Scherr & Karin Scherschel
Soziale Arbeit mit Flüchtlingen im Spannungsfeld von Nationalstaatlichkeit und Universalismus. Menschenrechte – ein selbstverständlicher normativer Bezugsrahmen der Sozialen Arbeit?

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Dresden
Denkpapier: Solidarische Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen

Paul Mecheril & Astrid Messerschmidt
Die Sexualisierung der Anderen – globale Kontexte und Perspektiven

Christina Thörmer-Rohr
Freunde, Andere, Feinde. Zur Idee des Kosmopolitismus

Die so genannte Flüchtlingskrise deckt einerseits schon länger existierende politische und soziale Krisen auf wie etwa die Krise des halbherzigen Projektes Europa und die Krisen sozialer Reproduktion, hervorgerufen durch einen sich auf dem Rückzug befindenden Sozialstaat. Andererseits ermöglicht das Sprechen von der „Flüchtlingskrise“ eben gerade die Verdeckung solcher zugrunde liegenden Krisen durch Angst- und Panikpolitiken. Diesen Aspekten sowie der Frage nach der Rolle einer kritischen Sozialen Arbeit wird im Widersprüche Heft 141 nachgegangen.

Widersprüche 141
Flucht - Provokationen und Regulationen
2016 - 170 Seiten - € 15,00
ISBN: 978-3-89691-011-0

PROKLA 183
Ökonomie der Flucht und Migration
2016 - 162 Seiten - 14,00 €
ISBN: 978-3-89691-383-8

Als Gründe dafür, dass Menschen ihre Heimat verlassen, werden immer wieder Flucht vor Kriegen und katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse angegeben – im Einzelnen aber nicht weiter beleuchtet, da unterstellt wird, hierbei handele es sich um interne Probleme, mit denen die EU nichts zu tun habe. U. a. diesen Leerstellen widmet sich **PROKLA 183**. Konkret geht es um die Ursachen für Flucht oder Migration, die Organisation der Flucht bzw. Migration und die oftmals vergeblichen Bemühungen der Flüchtlinge und Migrant/innen, in den EU-Ländern die Möglichkeit für einen existenzsichernden Erwerb zu finden.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Rolf Euler

Fluchtgründe, Umwelt und ich

Die Erwärmung der Erde ist einer der Fluchtgründe, über die wenig gesprochen wird. Die drohende Klimaveränderung hat bereits begonnen. Aber: Das Schmelzen der Gletscher bemerken wenige, das Schmelzen des Grönland- und Nordpolarmeereises findet in wenigen Fachblättern und vielleicht mal in Tagesmeldungen seinen Niederschlag. Das allmähliche Versinken von Atollen im Meer ist fern, die Deiche in Holland sind hoch, das Ruhrgebiet hat einen blauen Himmel und grüne Zonen. Aber unsere Kohlekraftwerke laufen weiter, beziehen ihre Kohlen von ganz woanders und erzeugen weiter Klimagase.

Jedoch viele Flüchtende aus Afrika kommen eben wegen der mangelnden Versorgung in ihren Ländern, wegen Wasser- und Nahrungsmangels. Die Erwärmung der Atmosphäre wird nach Berechnungen von Klimaforschern vor allem in Nordafrika, in den an die Sahara angrenzenden Ländern und am Mittelmeer zu übermäßigen Hitzesommern führen, deren Temperaturen auf Dauer menschlich nicht aushaltbar sind.

Jede und jeder, die sich mit den Verhältnissen zwischen den sogenannten entwickelten Ländern – also den ehemaligen Kolonialmächten und jetzigen neokolonialen Mächten – und den Ländern, aus denen die Menschen fliehen, nur ein bisschen beschäftigt hat, weiß, dass es auch unsere Lebensverhältnisse sind, die dazu beitragen, dass die Welt woanders lebensfeindlich wird.

Ja, das sind auch mein Auto, meine Urlaubsreise, meine Lebensmittel, meine Kleidung, meine Heizung, welche dazu beitragen. Und zwar nicht nur wegen des Ressourcenverbrauchs an Wasser, Öl, Energie, Nahrung, sondern auch wegen der Umweltfolgen durch den CO₂-Ausstoß, der entsteht. Sicher, ich beteilige mich nicht am Landgrabbing. Ich habe keinen Anteil an Konzernen, die aus dem Wassermangel ein Geschäft machen. Ich besitze keine Schweinemast. Ich habe natürlich keinen Anteil an Waffen. Ich kaufe keine T-Shirts für 5 Euro und werfe sie nach zweimal Tragen weg. Also gutes Gewissen?

Ich versuche, mir meinen anteiligen CO₂-Verbrauch zu berechnen.

Ich wohne auf 45 Quadratmetern. Der Heizungsanteil sind 7 Megawatt Fernwärme pro Jahr. Als Bergmann habe ich 2,5 Tonnen Deputatkohle im Jahr verfeuert, später reichten 6 Tonnen umgerechnet in Fernwärme gerade für die Familie.

Ich verfare mit einem Kleinwagen, der angeblich 5,1 Liter Benzinverbrauch haben soll, tatsächlich aber auf 6,3 Liter kommt, anteilig rund 6.000 Kilometer im Jahr. Entspricht rund 800 kg CO₂.

Meine einzige Langstreckenflugreise nach Südafrika vor 5 Jahren müsste ich eigentlich auf mehrere Jahre verteilen, kann man das machen? Wie viele von den 20.000 km soll ich mir pro Jahr anrechnen?

Soll ich 2.500 Fahrradkilometer im Jahr dagegenrechnen, oder 4.000 Bahnkilometer?

Mein Stromverbrauch liegt bei 750 Kilowattstunden im

Jahr, die EWS schicken mir Ökostrom. Gegenrechnung: Beteiligung an den BürgerSolar-Anlagen, deren Stromerzeugung bisher rund 780 Tonnen CO₂ eingespart hat, das sind für mich rund 1 Tonne im Jahr.

Sicher bemühe ich mich, regionale Lebensmittel und Bio wo geht auf dem Markt einzukaufen. Sicher trage ich meine Kleidung jahrelang.

Und trotzdem komme ich nicht von dem Gedanken los, dass meine Lebensweise nur um weniges umweltfreundlicher ist als der durchschnittlichen in Deutschland. Einfach weil ich an allem als dem gesellschaftlichen Ganzen beteiligt bin – dem Massenverkehr genauso wie der Ausbeutung von Bodenschätzen oder den bisher nicht verhinderten Waffenexporten.

So sehr wir uns bisher bemüht haben: Die Gesellschaft als Ganzes verbraucht zu viel Umwelt, der „Fußabdruck“ eines durchschnittlichen Deutschen ist dreimal so groß wie von den Ressourcen der Erde von einem Menschen verbraucht werden dürfte*. Das heißt auch, dass Fluchtgründe täglich neu produziert werden.

Wir leben in einer Gesellschaft, auf deren grundlegendes Funktionieren ich offenbar wenig Einfluss habe. Ich kann was tun. Aber es ist allein recht wenig.

Die noch nicht einmal neuesten Ereignisse sind zum Beispiel die Abkommen über Fischerei vor Westafrika, welche der lokalen Fischerei die Existenzgrundlage entzieht. Oder die ständige Ausbeutung der Ölquellen im Nigerdelta, welche zu Bandenkriegen, Korruption, ökologischen Katastrophen führt. Lesenswert dazu: das Buch „Öl“ von Peter Maass, der sich in Afrika, aber auch in den Konzernzentralen der Multis ein Bild gemacht hat und Zustände beschreibt, die neben anderen sogar den Papst und andere dazu gebracht haben, zu sagen: „Der Kapitalismus tötet“.

Nachlesen kann man die Probleme auch bei Erik Orsenna, der in „Weiße Plantagen“ der Baumwolle und unseren T-Shirts auf der Spur rund um die Welt ist, oder in „Die Zukunft des Wassers“ aufzeigt, wie der Kampf um Trinkwasser massive Verwerfungen hervorbringt – alles Fluchtgründe ohne Ende. Und dabei ist von Waffenexport noch nicht die Rede, sondern „nur“ von Freihandel zu Lasten der armen Länder.

Was tun – die alte immer neue Frage. Gemeinsam was tun gegen die Freihandelsabkommen. Gegen Verschwendung. Gegen Massentierhaltung. Gegen fossile Energieerzeugung. Gegen Waffenexporte.

Und die gekommenen Geflüchteten unterstützen, wenn geht: Hilfe zur Selbsthilfe.

* Siehe schon die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ vom Wuppertal-Institut 2008, S. 154. Sicher kann man vom „durchschnittlichen“ Deutschen nur unter Vermeidung von schicht- und klassenspezifischen Unterschieden reden!

Rolf Euler, viele Jahre auf, viele Schichten unter der Erde. Viele gute Tage mit Menschen – seit 1968 auch mit AMOS.

Olaf Bernau

Kooperation statt Interessenpolitik

„Fluchtursachen bekämpfen“ – spätestens seit Geflüchtete das europäische Grenzregime buchstäblich aus den Angeln gehoben haben, ist der kriegerisch anmutende Slogan zu einer Art Hoffungsanker nicht nur deutscher PolitikerInnen geworden. Und auch die Medien mischen kräftig mit. In zahlreichen Hintergrundberichten werden derzeit Armut, Umweltzerstörung oder Krieg thematisiert. Dennoch bleibt die öffentliche Debatte seltsam steril. Ein Blick hinter die Kulissen findet nur selten statt, Europa scheint mit den strukturellen Ursachen von Flucht und Migration kaum etwas zu tun zu haben. Vieles spricht insofern dafür, die Perspektive zu wechseln: Anstatt die eigene Verantwortung zu leugnen, sollte sich Europa endlich der Tatsache stellen, dass es in den letzten Jahrzehnten mit seiner rücksichtslosen Wirtschafts- und Interessenpolitik vielerorts zur massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen bzw. der Sicherheitslage beigetragen hat – wie sich nicht zuletzt am Beispiel einiger afrikanischer Länder aufzeigen lässt:

Als Anfang der 1980er Jahre zahlreiche Länder des globalen Südens in den Schuldenstrudel gerieten, wurden ihnen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) bzw. der Weltbank so genannte Strukturanpassungsprogramme auferlegt, also jene neoliberale Rosskur, die Griechenland seit 2010 zu durchlaufen hat. Nicht nur öffentliche Ausgaben mussten massiv gekürzt werden, etwa im ohnehin nur bruchstückhaft entwickelten Bildungs- und Gesundheitswesen. Auch zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen wurden verhängt, darunter Marktöffnungen sowie der Abbau preisstabilisierender Subventionen. Ergebnis war, dass viele der in den ersten 20 Jahren seit der Unabhängigkeit entstandenen Industriebetriebe unter der plötzlichen Weltmarktkonkurrenz wie Kartenhäuser zusammenbrachen – ein Schock, von dem sich die meisten der betroffenen Länder bis heute nicht erholt haben. Umso dramatischer ist es, dass es der EU 2014 nach jahrelangem Druck gelungen ist, zahlreiche Länder Afrikas zur Unterzeichnung der Economic Partnership Agreements (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen), kurz EPAs, zu drängen. Denn obwohl gerade mal 10% der afrikanischen Produkte auf dem Weltmarkt als konkurrenzfähig gelten, sehen die EPAs vor, dass die Europäische Union 83% ihrer Produkte zollfrei nach Afrika exportieren kann. Hinzu kommt, dass dies für die afrikanischen Staaten bis zu 2,3 Milliarden Euro jährliche Einnahmeausfälle beim Zoll bedeuten dürfte, was ungefähr zwei Drittel der jährlichen Entwicklungshilfe aus Deutschland entspricht.

Ein weiteres Beispiel: Als den am höchsten verschuldeten Entwicklungsländern zwischen 1999 und 2004 im Rahmen eines Entschuldungsprogramms der Weltbank ihre Schulden erlassen wurden, war auch dies an strenge Auflagen gekoppelt. So wurde Ghana 2003 gezwungen, Einfuhrzölle gegen Dumping-Hühnerfleisch aus der EU zurückzunehmen, obwohl ghanaische Hühnerzüchter hierdurch bereits erhebliche Marktanteile eingebüßt hatten. Gleichermaßen wurden die betreffenden Länder verpflichtet, hochgradig investo-

renfreundliche Bergbaugesetze zu verabschieden. Konsequenz ist, dass die internationalen Bergbaukonzerne kaum noch Steuern abführen oder Umwelt- und Sozialstandards einhalten müssen.

Doch nicht nur ökonomisch, auch politisch macht Europa seine Interessen immer wieder geltend – erkennbar unter anderem daran, dass europäische Regierungen bereits seit Jahrzehnten eng mit Diktaturen, autoritären Regimen oder Monarchien auf dem afrikanischen Kontinent zusammenarbeiten und somit Gewerkschaften und andere Akteure der Zivilgesellschaft immer wieder im Stich lassen. Das aber heißt: Will Europa Fluchtursachen tatsächlich bekämpfen, muss es endlich davon ablassen, ganze Weltregionen ausschließlich unter dem Aspekt eigener wirtschaftlicher Interessen zu betrachten.

„Die westlichen Industriestaaten und zunehmend auch Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien verbrauchen vier Fünftel der weltweiten Ressourcen und verursachen 80% der klimaschädlichen Emissionen. In der Top Ten der Klima-Sünder liegt Deutschland auf Platz sechs.“

Olaf Bernau ist seit 1986 in der antirassistischen Bewegung aktiv, seit 2010 ist er am Aufbau des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact beteiligt (www.afrique-europe-interact.net). Er lebt in Bremen in der Stadtkommune Alla Hopp.

Rückblende

In *AMOS* 3|16 beschrieb Ulrich Grober sein Staunen über die Enzyklika „Laudato Si“ von Franziskus. Erstaunlich prägnant ist auch, was der zu Fluchtursachen neulich äußerte:

Am Samstag 5. 11.2016 sagte Franziskus, Bischof in Rom und katholischer Papst, beim 2. Welttreffen der Sozialen Bewegungen in Rom auf der Abschlussveranstaltung mit ca. 5.000 TeilnehmerInnen im Vatikan: „Wer also regiert? Das Geld! Wie regiert es? Mit der Peitsche von Angst, von Ungleichheit, von wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller und militärischer Gewalt, die in einer niemals endenden Abwärtsspirale immer mehr Gewalt erzeugt. Wie viel Leid, wie viel Angst! ... Keine Tyrannei kann sich halten, ohne unsere Ängste auszunutzen. Daher wird alle Tyrannei terroristisch. Sobald der Terror, der in den Peripherien mit Massakern, Plünderungen, Unterdrückung und Ungerechtigkeit gesät wurde, in den Zentren durch verschiedene Formen von Gewalt explodiert, sogar durch abscheuliche, feige Attentate, verfallen die Bürger, die sich immer noch einige Rechte bewahrt haben, der Versuchung, sich fälschlicherweise durch physische oder gesellschaftliche Mauern abzusichern.“

(Die gesamte Erklärung und die Abschluss-Agenda: [s. www.amos-zeitschrift.de](http://www.amos-zeitschrift.de). Übersetzung: Norbert Arntz, Institut Theologie und Politik, Münster/W).

Ingeborg Poerschke

Nicht Wahl- sondern Scherzverwandtschaften sichern den Frieden

IWWVF

Die Vorstellung von „Stammeskriegen in Afrika“, heute gern als „ethnische Konflikte“ bezeichnet, ist hartnäckiger Bestandteil des tradierten wie des medial vermittelten Afrikabildes in Deutschland. Der Begriff der „Ethnie“ hat zwar den rassistischen Begriff des Stammes abgelöst, aber dahinter steht noch immer die Vorstellung, dass es in den Ländern Afrikas homogene Volksgruppen gibt, die einander gegenüberstehen, während niemand auf die Idee käme, die ablehnende Haltung der Wallonen gegenüber CETA unter der ethnischen Lupe zu sezieren.

Was gemäß der Skandallogik der Medien keinen Eingang in den öffentlichen Diskurs findet, sind tradierte Konzepte der Konfliktvermeidung, wie sie in vielen Ländern Westafrikas an der Tagesordnung sind.

So ist es den Nigern gelungen, den gesellschaftlichen Wandel von der französischen Kolonie in die Unabhängigkeit und nach Jahren der Militärherrschaft die Transformation in eine repräsentative Demokratie friedlich zu vollziehen, ohne größere gewalttätige Auseinandersetzungen. Nie stellte sich die Machtfrage auf der Ebene der ethnischen Zugehörigkeit, obwohl zu diesem Zeitpunkt in den 1990er Jahren die Politik von den Songhay-Djerma dominiert wurde, die Hausa über 50% der Bevölkerung stellten und weitere Gruppen wie Tuareg, Fulbe, Kanuri, Tubu in der Republik leben.

Viele Nigrer führen die zwischenethnische Harmonie auf die Existenz der so genannten Scherzbeziehungen zurück, die es erlauben, wildfremde Personen „auf den Arm zu nehmen“ und dadurch Konflikten im Ansatz zu begegnen. Diese Tradition sorgt für ein lückenloses Netz von Beziehungen, in welchem Konflikte per Definition nicht durch Gewalt gelöst werden dürfen. Die „Cousinage à plaisanterie“ definiert nicht nur, welche Volksgruppen einander in einer Scherzverwandtschaft verbunden sind, sondern existiert auch zwischen soziokulturellen Gruppen wie Nomaden und Schmieden, Viehzüchtern und Schlachtern sowie im Mikrokosmos der Familie.

Häufig genug erlebten wir im Kreis von Tuareg-Silberschmieden, wie ein Neuankömmling mit den übelsten Beschimpfungen empfangen wurde – dabei galt uns stets eine kleine beruhigende Seitenbemerkung: „C’est amicale, c’est un cousin!“*

Cousins dürfen einander die größten Streiche spielen, ohne einander dies ernsthaft übel zu nehmen. Die Grenze, wie weit ein Scherz gehen darf, wird in der Kindheit gelernt. Auch Neffen und Nichten scherzen mit ihren Onkeln und Tanten, Enkelkinder mit ihren Großeltern, die erste Frau in einer polygamen Ehe mit jeder später dazu gekommenen Frau. Da, wo erzieherische Autorität (Eltern) oder Verantwortung (ältere Geschwisterkinder gegenüber jüngeren) auf dem Spiel stehen, sind Scherze tabu.

Unter den Nigern sind die Djerma Cousins der Tuareg,

die Beriberi Cousins der Fulbe und letztere als Nomaden mit fast allen anderen verwandt. Jeder Tuareg kann einen Djerma herausfordern, Witze über ihn machen und gleichermaßen seine Unterstützung einfordern – die Scherzverwandtschaft erlaubt nicht nur Schabernack, sondern verpflichtet auch zu Solidarität.

Eine ältere Frau, die in einer fremden Stadt einen jungen „Cousin“ erblickt, wird ihn ohne zu zögern ansprechen. „Hey, bist Du nicht Gobirawa? Aus welchem Nest kommst Du?“ Sobald dies bestätigt wird, gibt es kein Halten mehr. „Komm, mein Sklave, trag mir meine Einkäufe und zeig mir den Markt!“ Die typische Antwort könnte lauten: „Hast Du vergessen, wer Dein Meister ist? Wenn wir Euch nicht die Zahlen beigebracht hätten, könntest Du nicht einmal verhandeln!“ So geht es eine Weile unter Gelächter hin und her, bis der junge Mann sich bereitwillig mit allen Körben und Tüten belädt und seine neue Verwandte über den Markt führt. Am Ende werden Telefonnummern ausgetauscht, man verspricht sich, in Kontakt zu bleiben mit einem vagen: „On ne sait jamais ...“. Man weiß ja nie, und in der Tat ist es im Niger immer gut, wo man auch ist, jemanden zu kennen.

Interessant dabei ist, dass „ethnische Identität“ gleichermaßen kategorisierend wie spielerisch behandelt wird. Die Zugehörigkeit zu einer Ethnie ist primär über den Vater bestimmt, genannt parenté de sang (Blutsverwandtschaft), gleichzeitig zählt aber auch die „Milchverwandtschaft“ über die Mutter, die häufig in eine andere Richtung führt. „Ich bin Fulbe durch meine Mutter und Targi durch meinen Vater“, sagt eine nigrische Freundin und scherzt als Fulbe mit den Beriberi, als Targia mit den Djerma.

In den Scherzbeziehungen finden Ressentiments ein Ventil, stehen sich Menschen, die sich verschiedenen Sprachgruppen und kulturellen Traditionen zugehörig fühlen, einander ebenbürtig gegenüber und bestätigen sich gegenseitig das „Anderssein“ in der Verbundenheit. Zum Fundament einer friedlichen Gesellschaft gehört der freie Ausdruck der Unterschiede in der Identität oder laut Adorno „ohne Angst verschieden sein können.“

Als ich unserem ältesten nigrischen Freund erzählte, dass es dieses Konzept bei uns nicht gibt, fragte er fassungslos: „Habt Ihr keine Cousins?“ Eine Gesellschaft ohne Scherzverwandtschaften schien ihm nicht denkbar.

* „Es ist freundschaftlich gemeint, es ist ein Cousin!“

Rolf Euler / Manfred Walz

Menschenorte 31

Postamt in Eickel-Süd, Wanne-Eickel, Herne – nördliches Ruhrgebiet

Verabredet sind wir an einem Ort, der typisches Ruhrgebiet verspricht: Ein altes Postamt liegt nicht auf dem freien Feld, da muss ein Ort sein, vielleicht eins der vielen Ackerbauern- und Weberdörfer aus der Zeit vor der Steinkohle. Da ist es: ein klassizistisches zweistöckiges Haus an einer ordentlichen Straße, gegenüber fein gegliederte Gründerzeithäuser, weiter hinten der Kirchturm. Mitten auf der Hausfassade das große alte Schild mit Stuckbuchstaben: „POSTAMT.“ mit Fahnenhalter unter dem Schmucksims. Von der Straße ging

es direkt in die Schalterhalle, an der geschlossenen Tür hängt jetzt ein Plakat mit der Hausgeschichte in Bildern.

Wir besuchen die Fotografin Brigitte Kraemer in ihrem Atelier. Hinter dem Haus ein großer Garagenhof – früher vielleicht einmal Umschlagplatz für Pakete. Auf der Rückseite des alten Posthauses

wird's wohnlich, da ist der Eingang jetzt. Die Kirche läutet Mittag, wir klingeln an der Haustür. Die Fotografin Brigitte Kraemer öffnet.

Freundlicher Empfang – Tee? Oben im Atelier mit Arbeitstisch und einer ganzen Wand mit großen Schubkästen. Am Doppeldecker-Nierentisch beginnen wir unser Gespräch. Das Haus war mal ein Mietpostamt, unten die Schalterhalle, oben die Hauseigentümerin. Die Post konzentrierte ihre Ämter, ein Schreibwarenladen übernahm die Poststelle. Als das Haus leer stand, entschieden Brigitte und Jürgen, hier zusammen einzuziehen, sie aus Hamm, er aus Eickel-Süd. Die Schalterhalle wurde Werkstatt des Bildhauers, oben die Bilderwelt der Fotografin. Ihr Bezug ist die Region, ein zweistöckiger schöpferischer Knotenort der Region entsteht. Beiläufig wird uns klar: Nach langen Jahren der Suche haben wir endlich lebenslang Einheimische gefunden – er kam 300 m nah und sie 30 km weit, beide aus dem großen Ruhrgebiet, hier in die Mitte, ins Postamt Wanne-Eickel.

Diesem einfachen Haus sieht man nicht an, welche Bilderwelten des Ruhrgebiets hier lagern. Es sind nicht die Leuchttürme, Alltagswelten des Ruhrgebiets sind es, die Brigitte zeigt. Wir merken: Ihr Menschenort ist nicht nur das Haus, sondern die ganze Region. Die Themen hören sich einfach an, fast schon lakonisch und feststellend: „so nah, so fern“ – die ins Frauenhaus geflüchteten Frauen und Kinder, über die ins Ruhrgebiet Gekommenen, „Friedensengel“ – die verletzten Kinder, die aus den Kriegen ins Oberhausener Friedensdorf kamen, Menschen „Am Kanal“, „Mann und Auto“, „Die Bude“, „im guten Glauben“ ... Blätterst Du die Fotos, siehst Du Sehnsuchtswelten, anrührend nah und fremd zugleich, ein aufmerksamer Blick auf besondere Menschen im Ruhrgebiet und weit darüber hinaus.

Brigitte schloss ihre Ausbildung in Essen an der Folkwang-Schule mit einer Arbeit, die ein Buch wurde: Fotos

und Texte zu einem Frauenhaus, hoch aktuell in jenen 1980er Jahren – weil vor dem öffentlichen Auge damals noch sorgfältig verborgen und geschützt. Das interessierte über ihr Buch hinaus und führte gleich aus der Region hinaus zu einem großen Artikel in einer bekannten Zeitschrift. Schicht um Schicht wachsen die Bilderwelten auf dem Tisch: Brigitte muss aufstehen. Das sind nur die Buchseiten gewordenen Fotobände. Die in den Kästen der Archivwände haben in Zeitschriften die Tiefe besonderer Themen ausgeleuchtet, sie sind in vielen Ausstellungen gezeigt worden. Zuletzt gab es in der Ludwigsgalerie des Schlosses Oberhausen einen Einblick ins Gesamtwerk. Vielleicht ist ein solcher – die Region und ihre Menschen aufmerksam wahrnehmender – Blick nur möglich, wenn die eigene Existenz hier in Wanne-Eickel ganz selbstverständlich anker.

Ob Frauen, Flüchtlinge, Männer mit ihren Autos, Menschen am Kanal: Immer ist in den Fotos die Nähe zu spüren, die Brigitte Kraemer zu den Menschen sucht, und auch der Respekt, der gleichsam solidarische Blick auf ihre Lebenswelt.



erfahren, in seiner Werkstatt, der ehemaligen Schalterhalle des alten Postamts.

Ein Abschiedsblick noch in die Werkstatt, die einmal Schalterhalle war, hier läuft ein anderer Dialog an der großen Werkbank. Heute nehmen wir erstmal in den Bänden gebündelte Lebenswelten – Brennpunkt Ruhrgebiet – unter den Arm. Im Garagenhof versprechen wir wiederzukommen, die Fortentwicklung des Orts von Jürgen dem Bildhauer zu

Manfred Walz, Stadtplaner aus Berlin, ins Ruhrgebiet eingewandert, lernt in der AMOS-Reihe „Menschenorte“ immer wieder „bemerkenswerte Ruhrgebietende“ kennen, Titelzeichner im AMOS.

Rolf Euler, viele Jahre auf, viele Schichten unter der Erde. Viele gute Tage mit Menschen – seit 1968 auch mit AMOS.

Lesetipps zu Palästina

Ekkehart Drost

Freedom Bus 2016. Kunst und Kultur gegen Intoleranz und Gewalt
Mailbestellung: e1944drost@gmx.de – 15 € + Versandkosten
(Rezension: www.palaestina-portal.eu/buecher_aktuell_3.htm)

Ilan Pappe

Was ist los mit Israel? Die zehn Hauptmythen des Zionismus
Cosmics-Verlag Neu-Isenburg 2016 – 14,95 €
(Rezensionen: <http://www.der-semit.de/was-ist-los-mit-israel-die-mythologie-des-zionismus/> und www.palaestina-portal.eu/buecher_aktuell_3.htm)

Erklärung über das Heilige Land

Keinen Menschen sollten ihre Rechte versagt werden und keinen Menschen sollten ihre Rechte für Generationen versagt werden. Der ungelöste Konflikt in Israel und Palästina ist in erster Linie einer der Gerechtigkeit und bis die Forderung der Gerechtigkeit nicht erfüllt ist, kann kein Frieden werden. Da sich Israels Besetzung von Ostjerusalem, der Westbank und Gaza sich der 50-Jahresmarke nähert, haben Generationen unter dieser Realität gelitten. Die Möglichkeiten einer brauchbaren Zwei-Staaten-Lösung, die wir lange befürwortet haben, ist schwer zu erreichen und offenbar unrealistischer als jemals.

Die Krise in Israel und Palästina hat Vertreter des Weltrats der Kirchen und des Nationalrats der Kirchen Christi in den USA für eine wichtige Beratung vom 12. – 14. September 2016 in Arlington, Virginia, zusammengebracht. Mehr als 60 Vertreter der Kirchen und der kirchlichen Organisationen aus aller Welt kamen zusammen, weil wir die Schreie von allen hören, die sich nach Frieden und Gerechtigkeit in dem Land sehnen, das wir heilig nennen. Wir haben die Beteiligung von Palästinensern, amerikanischen Ureinwohnern, Südafrikanern und israelischen Teilnehmern besonders geschätzt, ihre Einblicke und Erfahrungen, in denen sie gelebt haben, geteilt.

Obwohl diese Beratung sich auf den Israel-Palästina Konflikt konzentriert hat, wissen wir, dass sie im Kontext einer von Krieg und Gewalttätigkeit heimgesuchten Region stattfindet und achten auf die verschiedenen Situationen überall im Nahen Osten.

50 Jahre ist auch ein Meilenstein in Bezug auf das biblische Erlassjahr, um uns alle daran zu erinnern, die genaue Zeit zu beachten, um die Gerechtigkeit wieder herzustellen, so dass die Menschen leben können.

„Und Ihr sollt das fünfzigste Jahr heiligen und eine Freilassung ausrufen im Lande für alle, die darin wohnen; es soll ein Erlassjahr für euch sein. Jeder von euch soll zu seinem Grundbesitz zurückkehren, jeder soll zu seiner Sippe heimkehren“ (3. Mose 25,10)

Uns ist bewusst, dass keine Person oder Gruppe eines Volkes oder eine Regierung untadelig ist, dass Verbrechen und Verwüstungen über viele Jahre von vielen begangen worden sind, aber der Zyklus der Gewalttätigkeit zerbrochen werden muss. Zu lange wurde die strukturelle und permanente Gewalt gegen ein ganzes Volk ignoriert. Aber eine ganze Bevölkerung unter einer Besetzung und sogar in dem geschlossenen Bereich Gaza wie in einem Gefängnis zu halten, ist eine schlimme und unhaltbare Situation. Wir wissen auch gut, dass Israel die Besatzungsmacht und die beherrschende Macht über das Volk Palästinas ist. Dies fordert spezielle Verantwortung, um diese Initiative aufzunehmen.

„Gesegnet sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ (Matth. 5,9)

Dies ist die verwendete, nicht hohle Rhetorik von Jesus von Nazareth. Jene, die dem Pfad des Friedens folgen, werden

wirklich im Himmelreich gesegnet sein. Wir sichern unsere Unterstützung all jenen zu, die versuchen ein Ende dieses Konflikts zu erzielen.

Wir rufen auf zu einer Beendigung der Besetzung und des Baus von Siedlungen auf besetztem Land mit all den massiven sich verschlechternden Dimensionen für die palästinensischen Bevölkerungen, aber auch für Israel und die ganze Region. Wir rufen auf zur vollen Achtung und zum Schutz der Menschenrechte, zum Recht, die Wahrheit sagen zu können. Wir rufen auf zu demokratischen gewaltlosen Handlungen für Gerechtigkeit und Frieden. Wir sind sowohl von israelischen gesetzgebenden und anderen Maßnahmen tief betroffen, die die Arbeit palästinensischer und israelischer Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen beschränken als auch vom Mangel an Transparenz, der die kritischen Untersuchungen durch internationale humanitäre Organisationen im Gaza-Streifen beeinträchtigt und in der Folge dazu die erforderliche Hilfe in diesem belagerten Bereich verhindert.

Bei unserer Beratung haben wir uns besonders auf die schwerwiegenden Wirkungen auf Kinder und Jugendliche konzentriert und dabei insbesondere auf die Anwendung der Verwaltungshaft und die unannehmbare Anwendung der Einzelhaft für palästinensische Kinder.

Hier in USA fordern wir die Vereinigten Staaten auf:

- Hören Sie auf, verschiedene staatliche und nichtstaatliche Truppen im Nahen Osten zu bewaffnen und überdenken Sie im Besonderen das 38-Milliarden-\$-Militär-Hilfspaket für Israel. Das Letzte, was in dieser Zeit gebraucht wird, sind mehr Waffen.

- Beenden Sie die gegenwärtige Welle von gesetzgebenden Anstrengungen, welche die Anwendung von gewaltlosen ökonomischen Aktionen bestrafen, um die Politik in Israel zu beeinflussen. Kirchen haben solche (Boycott-)Strategien in vielen Jahren verwendet, um sowohl inländisch als auch international die Rechte der Menschen zu verbessern und das Anliegen für Gerechtigkeit zu fördern, wie den Montgomery Busboycott, den Boycott gegen Apartheid-Südafrika und gegenwärtig im Namen der Koalition von Immokalee Arbeitern.

Wir sehen Parallelen zwischen der Krise in Israel und Palästina und den Kämpfen für Rassengerechtigkeit in den Vereinigten Staaten und dem Anti-Apartheidskampf in Südafrika.

Die gegenwärtige Situation in Israel und Palästina erfordert dringende Handlungen. Man kann nicht für viele Jahre ein ganzes Volk unter Druck und Gewalttätigkeit unterwerfen und keine gewalttätige Reaktion erwarten. Wir unterstützen keine Gewalttätigkeit, aber wir wissen, dass die Menschen Hoffnung und Vertrauen zur Wirksamkeit gewaltloser Mittel verlieren.

Wir ermutigen unsere Kirchen, an den Aktionen für einen gerechten Frieden im kommenden Erlassjahr teilzunehmen.